

BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2011



-
- * 4 Nationalratswahlen - Wahlanalyse! *
 - * 14 Nahrungsmittel - Imaginäre Werte - realer Hunger *
 - * 16 Recht ohne Grenzen - Konzerne an die Leine *
 - * 21 2000 Watt - Wie weiter in Zug? *
 - * 22 Bahninfrastruktur - FABI hinkt *
-

3 Editorial
Nicht ganz heile Welt

4 Nationalratswahlen
Wahlanalyse

6 Nationalratswahlen
«So war Zug menschlicher»

8 Nationalratswahlen
Trübe Aussichten

9 Militär
Brothers in arms

10 Nationalrat
2 Minarette und 22 Kampfjets

11 Kampfjet
Die Rüstungslobby

12 Wirtschaftsplatz Zug
Ein Barman als Treuhänder

13 Rohstoffe
Reputation gefährdet

14 Nahrungsmittel
Imaginäre Werte – realer Hunger

16 Recht ohne Grenzen
Konzerne an die Leine

17 Spitalpersonal
«Wir sind sauer!»

18 Kantonsrat
Ein Schritt vor, zwei zurück

19 In Memoriam
Martin B. Lehmann

20 Regierungsrat
Kindes- und Erwachsenenschutz

21 2000 Watt
Wie weiter in Zug?

22 Bahninfrastruktur
FABI hinkt

24 Serviceteil
Frontal
Kino
Buch
Veranstaltungen
Adressen
Impressum



Wie die Zeit vergeht – so sah der Bundesrat 2007 aus...

In eigener Sache

Der zweite Teil des vielbeachteten Interviews mit Gian Trepp über die Finanzkrise musste aus technischen Gründen auf die Nr 1 / 2012 verschoben werden. Wir bitten um Verständnis.

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Nicht ganz heile Welt

Von Cornelia Mayinger, Alternative – die Grünen Unterägeri | Bild Cornelia Mayinger



Nicht mal ein Hauch von Schnee breitet sich über die Rigi. Die Königin der Berge steht für die Jahreszeit ungewöhnlich nackt da. Doch die Anknüpfung an die Metapher des Märchens von des Kaisers neuen Kleidern dürft ihr euch selbst zusammenspinnen. Was ich samt splitter nackter Rigi sehe, sind Fakten: Die letzten Niederschläge fielen Mitte Oktober, nun ist Anfang Dezember. Die Trockenheit macht der Natur zu schaffen. Auf dem Hof in Unterägeri, wo ich lebe, ist das Wetter steter Gesprächsstoff. Kommt bald Regen? Frische Baumpflanzungen leiden unter dem Wassermangel, Fische krepieren in zu Pfützen geschrumpftem Lebensraum, der keiner mehr ist. Wie ich in der Zeitung lese, ist der Wasserstand des Rheins so tief, dass er vielerorts die Sicht auf Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg preisgibt, die aus dem Grund ragen. Das Kriegsende ist 66 Jahre her. In den Ländern des Südens sind Trockenperioden längst ständige Realität und treiben die dortige

stehend strecke ich die Hand aus, um das Nass auf meiner Haut zu spüren, was wiederum die Gedanken zurückschweifen lässt nach Tanger, in jenen Spätherbst Anfang der achtziger Jahre, in dem ich mit vielen anderen auf das erlösende Nass wartete. Welche Spannung, als sich über der Meerenge von Gibraltar Wolken zu türmen begannen, die sich zu einer gewaltigen Wand aus Schwefelgelb und Grau verdichteten! Den Blick nach Norden gebannt, stand ich in einer Menschentraube vor unserem Haus. Stunden harrten wir so aus, gespannt, bis Windböen am späten Nachmittag die ersten schweren Tropfen heranpeitschten, die klatschend auf unseren Häuptionen und auf der staubigen Naturstrasse landeten. Es war das Ende eines langen, trägen Sommers, der die Erde verbrannt und die Wasserleitung in unserem Hause letztlich zum Versiegen gebracht hatte. Und es war das erste Mal, dass ich den Regen als Elixier des Lebens mit jeder Faser meines Seins erfasste. Wir tanzten ausgelassen durch die

Bevölkerung in die Flucht. So weit ist es bei uns noch nicht, auch wenn uns der Film «Hell» kammerspielartig vor Augen führt, wie es sein könnte, wenn nur noch gleissend helles Licht und überall Staub mitten in die Apokalypse führen. Beklemmende Vision, die vor meinem inneren Auge vorbeizieht. Doch jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, fallen die ersten Tropfen vom Nachthimmel. Auf dem Balkon

Strassen, bis wir gänzlich nass waren.

In Durban wird zurzeit um Verbindlichkeiten zum CO²-Ausstoss gerungen, der massgeblich zur Erwärmung unseres Klimas beiträgt. Bittere Ernüchterung: All die Klimakonferenzen der letzten Jahre haben wenig bewirkt. Solange die Industriestaaten unter dem Zwang steten Wirtschaftswachstums stehen, sind ihre Vertreter kaum bereit, Einbussen durch Mehrkosten für ein gesünderes Klima hinzunehmen.

Ich frage ich mich, woher ich die Motivation zum Handeln nehmen soll, wenn wieder eine Niederlage einzustecken ist. Da sind auch Niederlagen ganz in der Nähe, wie die verlorene Abstimmung in Risch, wo eine Mehrheit der Stimmberechtigten dem Pharmagötzen Novartis huldigt, indem sie die Zonenordnung zu Makulatur macht. Oder wenn, wie bei den letzten Wahlen, der einzige linke Zuger Sitz in Bern verlustig geht und damit eine gewichtige Stimme für Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt.

Hoffnung geben mir die Volksbewegungen an verschiedensten Orten der Welt und die Vernetzung in weltumspannenden Protestnetzwerken wie avaa.org. Der arabische Frühling hat das Potenzial, in einen blühenden Sommer ohne Despoten zu führen. Mit dem Slogan «Wir sind die 99%» setzt sich die Occupy-Bewegung gegen den Würgegriff der globalen Finanzkleptokratie zur Wehr, wenn auch in der Schweiz noch etwas zahm. Die Ereignisse der letzten Monate zeigen, wozu Volksbewegungen in der Lage sind. Sie geben mir Mut, mich weiter zu engagieren in meiner kleinen, nicht ganz heilen Welt. Diesen Mut wünsche ich euch allen, und viel Anregung zu beherztem Handeln durch die nachfolgende Lektüre. ■

Wahlanalyse

Philippe Koch, Leiter Wahlausschuss

4 Die Zuger Linke hat ihren Nationalratssitz an die FDP verloren. Der Verlust ist äusserst ärgerlich, denn es haben nur wenige Stimmen zur Wiederwahl von Jo Lang gefehlt. In diesem Artikel versuche ich die Gründe für die Abwahl zu analysieren, wobei drei Faktoren als zentral zu betrachten sind: der Stimmenverlust der SP, die gegenseitige Mobilisierung der CVP und FDP sowie die erstmalige Kandidatur der GLP.

Die Nationalratswahlen 2011 gingen knapp und für viele unerwartet aus. Viele haben gedacht, die SVP würde in Zug die 30-Prozent-Marke knacken. Dies hat sie deutlich verpasst. Zudem hätten wohl nur wenige auf ein solch gutes Abschneiden der CVP gewettet. Der Verlust der FDP war nicht überraschend, so wenig wie das Abschneiden der GLP. Dass die SP auf nur noch knapp über 5 Prozent Wähleranteil kommen würde, ist besonders für politisch Interessierte ausserhalb Zugs kaum zu glauben. Die Alternative wiederum schneidet im erwarteten Rahmen ab (siehe Tabelle 1).

Den Linken haben knapp 450 Stimmen für den Sitz gefehlt. Das ist sehr ärgerlich. Gleichzeitig verschleierte dieses knappe (zufällige?) Resultat eine weit gewichtigere Tatsache der Nationalratswahlen. Die gemeinsam verbundenen linken Listen haben gegenüber 2003 5.6 und gegenüber 2007 4.7 Prozentpunkte verloren. Das ist ein Verlust von rund 20 Prozent der Wählerstimmen. Wo gingen diese Stimmen verloren?

Geringer Verlust der Alternativen

Das Ergebnis der Alternative – die Grünen Zug ist weder berauschend noch erschreckend. Gegenüber 2007 hat sie 1.6 Prozentpunkte verloren. In absoluten Zahlen ausgedrückt haben die Alternativen rund 300 Stimmen weniger gemacht als 2007. Das heisst, die Wählerinnen und Wähler konnten knapp nicht gehalten werden. Die Alternative konnte zudem keine neuen Wählenden dazu gewinnen. Vergleicht man das diesjährige Resultat mit 2003, zeigt sich ein leicht-

er Zuwachs von 13.6 Prozent auf 15.4 Prozent oder in absoluten Zahlen ein Gewinn von knapp 4000 Stimmen (siehe Tabelle 2).

Verlust der SP

Die SP Zug hat bei diesen Nationalratswahlen einen historischen Verlust erlitten. Zwischen 2003 und 2011 hat sie mehr als 50 Prozent ihrer Wählerschaft oder rund 8.1 Prozentpunkte bei Nationalratswahlen verloren (Tabelle 3). Keine andere Partei hat im selben Zeitraum vergleichbar Stimmen gewonnen oder verloren. Betrachtet man diese Zahlen, hat der Verlust der SP die Abwahl Jo Langs mitverursacht (siehe Tabelle 3).

Mobilisierung der CVP und FDP

Entgegen den Erwartungen hat die CVP Stimmen gewonnen. Gleichzeitig hat die FDP in erwartetem Ausmass Stimmen verloren. Das Zusammenstehen der beiden Parteien hat aber hinsichtlich der Panaschierstimmen beiden geholfen. Den beiden Parteien gelang es nämlich, ihre Wählenden so zu mobilisieren, dass sie weniger Panaschierstimmen an «fremde» Listen abgaben. Ein Blick auf die Panaschierstatistik macht dies deutlich. Die CVP und die FDP haben gemeinsam bei den diesjährigen Wahlen rund 3 Prozent weniger Stimmen an «fremde» Listen verloren als noch vor 4 Jahren und rund 4 Prozent weniger als vor 8 Jahren (Tabelle 4). x

Die Wahlkampfstrategie der FDP, die gegen den linken Sitz gerichtet war, hat bei den FDP-Wählerinnen und -Wählern gewirkt. 2003 erhielten die beiden linken Parteien 887 Stimmen

von FDP-Listen. 2011 waren es noch 370. Wobei der Verlust der SP auch hier eindrücklich ist: von 530 Stimmen (2003) auf 60 Stimmen (2011). Auch CVP-Wählerinnen und Wähler setzten weniger linke Kandidierende auf ihre Listen als vor vier bzw. acht Jahren. Der FDP und CVP gelang es also, gegen den linken Sitz zu mobilisieren (Tabelle 5).

Auftritt der GLP

Die GLP hat in Zug mit 6.8 Prozent ein gutes Resultat erreicht und den Alternativen und der SP Stimmen gekostet. Wie viele dies sind, kann man aufgrund der Zahlen nicht genau sagen. Anhand der Panaschierstatistik kann man jedoch schätzen, von wo die GLP ihre Stimmen erhalten hat (siehe Tabelle 6).

Rund ein Drittel der Panaschierstimmen, die die GLP erhalten hat, kommen von den Alternativen- und SP-Listen. Gleichzeitig hat die GLP etwas mehr als ein Drittel aller abgegebenen Panaschierstimmen an die Alternative und die SP verteilt. Per Saldo resultiert für die GLP gegenüber den linken Parteien ein Panaschierverlust von rund 260 Stimmen. Daraus lässt sich vorsichtig schliessen, dass, wie bereits vor einem Jahr anlässlich der kantonalen Wahlen, die GLP rund einen Drittel ihrer Stimmen von Wechselwählerinnen und -wählern des linken Lagers geholt hat. Dies sind rund 2.3 Prozent. Dies war zu erwarten.

Linker Sitz = 23 Prozent

Der Auftritt der GLP hat die Wahlarithmetik in der Zuger Politik verändert. Es ist plausibel anzunehmen, dass die GLP auch weiterhin mehr als 5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen kann. Sprich, neben den bestehenden vier Lagern, SVP, FDP, CVP und Alternative/SP, ist ein kleines fünftes Lager getreten.

	Altern.	SP	CSP	CVP	FDP	SVP	GLP
2011	15.4%	5.3%	0.7%	24.3%	19.2%	28.3%	6.8%
2007	17.0%	9.1%	-	23.3%	21.5%	29.1%	-
2003	13.6%	13.4%	-	22.9%	22.3%	27.7%	-

Um einen Nationalratssitz in vier Jahren zu erobern, brauchen die linken Parteien zusammen mindestens 23 Prozent. Betrachtet man die Ergebnisse in Zug seit 1995, ist dies ein realistisches Ziel, das in diesem Jahr jedoch deutlich verfehlt wurde. Die Aufgabe besteht nun also darin, auf der Basis einer erneuerten, selbstverständlichen Zusammenarbeit innerhalb des linken Lagers Mittel und Wege zu finden, wie der linke Sitz zurückerobert werden kann (siehe Tabelle 7).

Bemerkung zur «Schuldfrage»

In ihrer bekannten Manier hat die «Neue Zuger Zeitung» am 25. Oktober 2011 unmittelbar nach den Wahlen versucht, die linken Parteien gegeneinander aufzubringen. Sie hat die Schuldfrage gestellt. Die Alternativen gingen darauf nicht ein. Die Reaktion von SP-Präsidentin Barbara Gysel hingegen irritierte. Dass sie die Schuld vehement von sich wies, obwohl von Seiten der Alternativen die Schuldfrage überhaupt nicht gestellt worden war, erstaunte einige, verärgerte manche und machte vor allem hellhörig. Vielen war nämlich noch ein Artikel in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 6. Oktober 2010 in Erinnerung, in dem sich Barbara Gysel ablehnend gegenüber einem Engagement der SP bei den Nationalratswahlen geäußert hat. Auf die Frage von Redaktor Freddy Trütsch, ob die SP gemeinsam mit den Alternativen in den Nationalratswahlkampf steigen werde, meinte Barbara Gysel damals, dass der SP schlicht die Mittel fehlten und dass das Geld unter keinen Umständen fließen werde, «wenn man damit den Alternativ-Grünen Josef Lang unterstützen würde». Eine deutliche Aussage, die nun nach den Wahlen und der Betrachtung der Ergebnisse nach einer Erklärung seitens der SP-Präsidentin verlangt. ■

	2003	2007	2011	Veränd. 2003-2011	in %
Listenstimmen	14'095	18'285	17'972	+3877	+27.5
Wähleranteil	13.6 %	17.0 %	15.4 %	+1.8 %	+13.2

	2003	2007	2011	Veränd. 2003-2011	in %
Listenstimmen	13'929	9'763	6'167	-7'762	-55.7
Wähleranteil	13.4 %	9.1 %	5.3 %	-8.1 %	-60.4

	Altern.	SP	CVP	FDP	SVP	GLP
2011	7.0%	6.8%	7.5%	6.1%	10.4%	20.0%
2007	7.2%	6.2%	9.2%	7.2%	11.7%	-
2003	6.6%	9.3%	9.2%	8.4%	12.2%	-

	CVP			FDP		
	2011	2007	2003	2011	2007	2003
Alternative	640	898	511	291	435	357
SP	136	469	652	60	295	530
Total	853	1367	1163	370	730	887

	Altern.	SP	CVP	FDP	SVP	Übrige	Total
GLP hat Stimmen erhalten von	282	81	290	163	120	353	1289
In %	21.9	6.3	22.5	12.6	9.3	26.9	100
GLP hat Stimmen abgegeben an	490	132	547	356	97	46	1668
In %	29.4	7.9	32.8	21.3	5.8	2.8	100
Saldo	-208	-51	-257	-193	+23	+307	-379

	1995	1999	2003	2007	2011
SP	17.0	-	13.4	9.1	5.3
Alternative	10.4	-	13.6	17.0	15.4
Total	27.4	23.3*	27.0	26.1	21.4**

Bemerkung: * Gemeinsame Liste Alternative/SP, ** Inkl. Stimmenanteil CSP

«So war Zug menschlicher»

6 **Nach der bitteren Abwahl vom 23. Oktober 2011 erhielt Jo Lang Hunderte von Mails, Briefen und Telefonaten aus der ganzen Schweiz. Kaum eine Nichtwiederwahl hat die Öffentlichkeit derart stark beschäftigt, hat so viele Menschen schockiert. Wir bringen eine kleine Auswahl der Reaktionen.**

«Das unverdienteste Ergebnis»

Lieber Jo, deine Nichtwiederwahl war die negativste Mitteilung eines Wahlabends, der für uns sonst, wenigstens was St.Gallen betrifft, doch recht erfreulich verlief, und auf die Dauer Perspektiven eröffnet.

Unter allen negativen Ergebnissen war deine Nichtwiederwahl sicher das unverdienteste. Du hast in Bern – und darüber hinaus – einen hervorragenden Job gemacht. Ich bedaure deine unerwartete Absenz umso mehr, als du im Parlament zu den wenigen Linken mit einem grossen intellektuellen Format gehörst, die auch in grossen Zusammenhängen und historisch fundiert zu denken vermögen. Dein Votum beispielsweise zur Minarettinitiative, das beste überhaupt zum Thema, wird mir immer in Erinnerung bleiben. Schade, und nochmals meine grosse Anerkennung!

Nachdem es in deinem (politischen) Leben ja schon einige Auf und Ab gegeben hat, hoffe ich, dass dich diese bittere Etappe nicht zu entmutigen vermag. Wir brauchen dich auch in Zukunft.

Alles Gute, viel Energie und bis bald

Paul

(Rechsteiner, Präsident SGB, SP-Ständerat SG, am 31.10.11)

«Ein herausragender Nationalrat»

Lieber Hanspeter, kannst Du Jo Lang bitte ausrichten, dass ich traurig und wütend war, als ich dem Internet entnehmen musste, dass er nicht mehr gewählt wurde. Er war ein herausragender Nationalrat, auf den ich sehr

stolz war und bleibe. (Leider habe ich seine E-Mail-Adresse nicht mehr).

Mit herzlichen Grüssen, auch an Jo, aus einem kalten Berliner Herbst,

Dein euer Thomas
(Hürlimann, Schriftsteller, am 26.11.11)

«Vielen Dank»

Lieber Jo, mit viel Enttäuschung habe ich gestern die schlechte Nachricht deiner Nichtwahl erfahren. Sei es im Romero Haus oder an der Demonstration für Frieden in Bern, mit dezidierten Stellungnahmen für den Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, die Offenheit für Betroffene in der Schweiz wie auch in anderen Landesgegenden – dein Engagement war/ist für mich immer ein Hoffnungszeichen in der Schweizer Politlandschaft gewesen. Leider war dies jetzt in Zug zu wenigen Menschen bewusst. Heute habe ich gehört, dass du weiterhin politisch tätig sein wirst. Das freut mich sehr – engagierte Leute wie dich braucht die Schweiz, die Welt unbedingt! Vielen Dank für das bisherige mutige und motivierende Engagement!

Freundliche Grüsse

Paul Mathis
(Bethlehem-Mission, am 24.10.11)

«Starke Stimme»

Lieber Jo, wir können es kaum fassen, dass uns nun deine starke Stimme, die unsere Anliegen im Parlament vertreten hat, fehlen wird. Wer wird nun die Kriegsgurgeln stoppen? Wer

wird den Blick über den Schweizer Zaun garantieren?

Jo, wir danken Dir für all Dein Engagement und hoffen, von Dir in andern Zusammenhängen zu hören.

Mit herzlichen Grüssen

Alma und Erich Noser
(Luzern, am 26.10.11)

«Stempel aufgedrückt»

Lieber Jo, ich bedaure ausserordentlich, dass Du nicht mehr gewählt worden bist. Was für eine Schande für den Kanton Zug! Du bist einer der profiliertesten Köpfe im Parlament und drückst den sicherheitspolitischen und aussenpolitischen Debatten immer wieder Deinen Stempel auf. Du wirst uns fehlen.

Herzlich

Dein Hans-Jürg
(Fehr, SP-NR Schaffhausen, am 24.10.11)

«Visionäre, mutige Praxis»

Lieber Josef, lass Dich nicht entmutigen! Du hast im Nationalrat – und auch jenseits des Bundeshauses – Grossartiges geleistet. Und wirst auch in Zukunft Grossartiges leisten. Du bist für unser Land – dank Deiner visionären, mutigen Praxis, Deiner Klugheit, Deiner politischen Begabung – von höchster Wichtigkeit.

Ich wünsche Dir alles erdenklich Gute. Herzliche Grüsse

Jean

(Ziegler, am 25.10.11)

«So war Zug menschlicher»

Lieber Josef Lang, Ihre Abwahl hat mich zutiefst getroffen. Mein Mitge-

fühl! Es tut weh, Ihre Stimme im Nationalrat, bei Interviews nicht mehr zu vernehmen, eine wohlklingende Stimme, die zu Herzen geht. Sie haben mir Mittellandbewohner den Kanton Zug näher gebracht. Man verbindet den Kanton sonst nur mit Geld. So war er menschlicher. Vielen, vielen Dank für Ihre Arbeit, Ihre Energie, die Sie Ihren Anliegen gaben. Ich werde Sie vermissen!

Herzliche Grüsse aus dem Aargau,

Felix Schibli
(Baden, am 25.10.11)

«Ein loyaler Kollege»

Lieber Jo, es war wie eine Ohrfeige gestern, als ich hörte, dass du nicht mehr gewählt bist in Zug. Ich konnte mich über mein gutes Resultat gar nicht mehr freuen. Es tut mir sehr, sehr leid, der Finanzplatz Zug wollte dich zum Schweigen bringen, was sie natürlich nie schaffen. Aber in Bern werden wir dich im Parlament alle vermissen, als loyalen Fraktionskollegen, als Freund, als Politiker, als Fachperson, als Aushängeschild der Grünen und als grandiosen Redner und als jemanden, den ich fast immer fragen konnte, wenn ich etwas nicht wusste. Du hast enorm viel gearbeitet, mitgedacht, dich eingebracht, Themen angestossen, Hintergründe beleuchtet und unsere grüne Friedens- und Aussenpolitik geprägt. Du warst zuverlässig und ein sehr sehr guter, loyaler Kollege! Dafür möchte ich dir von Herzen danken! Die StimmbürgerInnen habe es dir nicht gedankt. Das ist enorm hart und ungerecht. Es tut mir sehr leid, für dich und auch für uns Grüne.

Viel Kraft und alles Liebe, auf bald mit lieben Grüssen

Maya Graf
(Nationalrätin Grüne BL, am 24.10.11)

«Schade!»

Sehr geehrter Herr Lang, ich bin seit Jahrzehnten Mitglied der EVP und sass für diese Partei während drei Amtsdauern im Gemeindeparlament von Winterthur. Ich bin kein grundsätzlicher Armeegegner. So betrachtet gehöre ich also nicht gerade zu den Wählerkreisen, von denen Sie Ihr Nationalratsmandat erhalten haben. Nun muss ich Ihnen aber sagen, dass ich am letzten Sonntag, als ich die Meldung von Ihrer Nicht-Wiederwahl vernahm, spontan sagte: «Schade!». Ich schätzte an Ihren Auftritten am Fernsehen immer Ihre Fairness und Ihre armeekritischen Beiträge, die zum Denken anregten. Dank Ihrer Intelligenz waren Sie fähig, der rechtsbürgerlichen Argumentation Gedanken entgegenzusetzen, die nicht einfach unter den Tisch gewischt werden konnten. Ihre ruhigen und mit Anstand vorgetragenen kritischen Voten werden in Zukunft leider in der öffentlichen politischen Diskussion fehlen.

Mit den besten Wünschen für Ihre Zukunft grüsse ich Sie freundlich.

Gerold Wachter
EVP Winterthur (am 23.10.11)

«Differenziert und kompetent»

Sehr geehrter Herr Lang, es tut mir sehr leid, dass Sie nicht mehr gewählt wurden. Sie haben immer sehr differenziert und kompetent themenbezogen argumentiert. Gerade in der heutigen Zeit braucht es in der Politik Menschen wie Sie. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Freundliche Grüsse

Verena Roth

«Eine erschütternde Info»

Lieber Jo, als ich am letzten Sonntag nach einer längeren Wanderung wieder in der Zivilisation ankam, war die

erste Info über den Wahlsonntag gleich eine erschütternde. Es war jene über den Sitzverlust in Zug. Ich bedaure deine Nichtwiederwahl wirklich sehr. Am späteren Sonntagabend, als ich schlussendlich in einer Badener Alternativbar landete, hat dir dort der Berner Poetry-Slammer (Mundart-Poet) Flurin Jecker seinen Slam (Auftritt) gewidmet, da er auch betrübt über deine Nichtwiederwahl war, wie viele andere auch.

Alles Gute und liebe Grüsse
Fabian
(Hubeli, Juso Aargau, am 26.10.11)

Integrationsfigur zwischen Rot und Grün

Unter dem Titel «Jo Lang. Die Abwahl eines Kritikers» erschien in der WoZ vom 27.10.11 eine Würdigung. Wir bringen an dieser Stelle einen Auszug:

«Mit Lang fehlt in Bern die nächsten vier Jahre ein wichtiger Armeekritiker und Friedenspolitiker. Eine Integrationsfigur zwischen Rot und Grün, die "vereinigte Linke" ist eines seiner Lieblingswörter. Und schliesslich ein Historiker, der über christlich-konservativen Nationalismus und Antisemitismus forscht. Deswegen hat er die Rechtspopulisten immer kritisiert. "Ein Kandidat für 71 Prozent", so hiess sein Aufruf in der WoZ, mit dem er als Erster die Abwahl von Christoph Blocher forderte. "Das Bundeshaus war ein Ort, an dem ich mich wohl fühlte", sagt Lang nach der Niederlage. "Aber ich werde weiterkämpfen".»

Trübe Aussichten

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

8

Ich habe es zuerst nicht geglaubt, dachte an eine Verwechslung der Namen oder Zahlen, nachdem das Wahlergebnis bekannt gegeben worden war: Jo Lang sei abgewählt worden. Auf dem Weg in den Siehbachsaal in Zug, wo sich die Alternativen am Wahlsonntag trafen, versuchte ich das Wahlergebnis noch zu verdrängen. Die Tatsache verdichtete sich dann aber schnell, als ich dort mit dem Velo angekommen war. Denn die Stimmung war dem Ergebnis entsprechend betrübt. Ein gemeinsam verspeister Topf voller Kürbissuppe und einige «Durchhalteparolen» später, wurde die Stimmung doch noch etwas gelassener. Man war sich einig: Jetzt erst recht. Es geht weiter!



Brothers in arms

Jean Dumonde | Rekrut

Die Rekrutenschule: ein Wichtiger Schritt in der Entwicklung jedes jungen Schweizers. Hier lernt man, Verantwortung zu übernehmen, wird abgehärtet. Man wird zum Mann. So jedenfalls tönt es regelmässig von bürgerlicher Seite. Armeegeegner hingegen behaupten, die RS sei unnötige Geld- und Zeitverschwendung. Nun, ich befinde mich in der mehr oder weniger glücklichen Situation, Schweizer Staatsbürger, neunzehn Jahre und militärdiensttauglich zu sein und meine eigenen Erfahrungen in der RS zu machen, über die ich hier berichten will.

Schon fünf Wochen ist es heute her, seit ich mich zum allerersten Mal auf den beschwerlichen Weg in die Kaserne, wo ich die nächsten 18 Wochen meines Lebens verbringen würde, machte. Damals, ich erinnere mich noch sehr genau, nur mit vagen Vorstellungen von dem, was mich dort erwarten würde. Meine allerletzten zivilen Stunden genoss ich wortwörtlich in vollen Zügen – sämtliche neu einrückenden jungen Männer befanden sich offensichtlich im selben Zug. Kein Wunder eigentlich, hatte das Schweizer Militär doch schon dem Einrückungsbefehl die zu benützenden Zugverbindungen beigelegt. Auf dass wir allerspätstens auf der Hinreise unser Gehirn ausschalten und die schriftlichen Befehle befolgen können. Dass dies nicht immer funktionieren würde, erfuhren wir aber schon auf der Hinreise. Der mit neuen Rekruten vollgestopfte Zug hatte irgendwo zwischen Zürich und Bern ein technisches Problem, worauf er mit zehn Minuten Verspätung in Fribourg eintraf und der Anschlusszug natürlich schon weg war.



Das Positive daran: Im verwirrten Gewusel von Rekruten, die ihren Zug verpasst hatten, fand ich per Zufall zwei, die zum selben Waffenplatz wollten und innerhalb von kurzer Zeit zu meinen ersten «Kameraden» wurden.

Ich und meine Kameraden

Schon nach einer Woche und dem ersten kurzen Wochenendurlaub war es ein völlig neues Gefühl, nicht mehr als Neuling, sondern als Rekrut und nicht mehr alleine, sondern mit den Kameraden einzurücken. Und es ist wirklich speziell, an einem Tag dreiundzwanzig ungefähr gleich alte junge Männer aus allen Ecken der Schweiz kennenzulernen und schon nach wenigen Stunden mit ihnen «befreundet» zu sein. Aber ist es

wirklich «Freundschaft», was uns verbindet? Nicht wirklich, denn es ist ein erzwungener Zusammenhalt. Unser Zug – vierundzwanzig Personen – muss als Zug funktionieren. Und das tut er eben nur, wenn jeder einzelne Rekrut seine persönlichen Bedürfnisse unter die Bedürfnisse der Gruppe stellt, wenn jeder dem anderen hilft. Innert kürzester Zeit entsteht eine Art Verbrüderung, im Militär auch «Kameradschaft» genannt. Auch bestraft oder allenfalls belohnt wird nur im Kollektiv. Es ist also immer auch Eigennutz im Spiel, wenn man einem Kameraden hilft. Es ist aber auch eine schöne Erfahrung, zu wissen, dass man sich auf die Kameraden verlassen kann. Und ich kann mir auch vorstellen, dass der eine oder andere junge Mann vielleicht sogar noch etwas für sein Leben lernen kann, wenn er plötzlich gezwungen wird, sozial und hilfsbereit zu sein. Ich kann jedenfalls mit Recht behaupten, in den letzten Wochen dank dem Militär viele gute Leute aus der ganzen Schweiz kennengelernt zu haben.

Robben, schiessen, biwakieren

Unter einem Stacheldraht hindurch den Schlamm robben, auf Kartonscheiben schiessen oder bei minus fünf Grad irgendwo im Wald biwakieren – es gibt sie, die Momente, in denen man sich fragt: «Wieso bin ich eigentlich hier?» und «Macht diese Übung irgendeinen Sinn?». Eine Antwort auf solche Fragen zu finden, ist oft schwer, führt man die Befehle des Zugführers doch nur aus, weil man möglichst schnell wieder unter der Dusche und im Bett sein will. Trotzdem – ist dann erst einmal etwas Zeit verstrichen, erinnert man sich gerne zurück, ist vielleicht etwas stolz auf sich selber und kann mit den Kameraden prima darüber lachen.

Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe des BULLETINS

2 Minarette und 22 Kampfjets

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug | Bild GSoA

10

Am 14. September hielt Jo Lang im Nationalrat eine Rede, dessen Bild von den Minaretten eine Woche später im Ständerat vom Kampfjet-Gegner This Jenny aufgenommen wurde.

Der Antrag der Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission hat ein einziges Ziel: die Verhinderung einer Volksabstimmung. Ausgerechnet die SVP, die sich als Hüterin der Volksrechte aufspielt, will den Bürgerinnen und Bürgern das Recht nehmen, sich zu einer Milliarden-Ausgabe zu äussern. Das Volk durfte abstimmen über 2 neue Minarette und soll nicht abstimmen dürfen über 22 neue Kampfjets.

Boden gegen Luft

Die Flieger-Vertreter haben Angst vor dem Volk – und das mit Grund. Gemäss einer Umfrage von Economie Suisse sind nur 7 Prozent dafür, die Militärausgaben zu erhöhen. Ein SVP-Vertreter sagte ganz offen, warum er an der Urne eine Niederlage befürchtet: Die Armee würde sich in einem Abstimmungskampf in aller Öffentlichkeit spalten zwischen Luft und Boden. Es ist klar, dass die Finanzierung von neuen Kampfjets und neuen Radschützenpanzern im Rahmen der 5 Milliarden auf Kosten des Heeres und der Soldaten geht. Die 5 Milliarden für eine 100'000er Armee samt neuer Kampfjets und anderer neuer Waffensysteme sind keine sachliche Zahl, sondern eine politische.

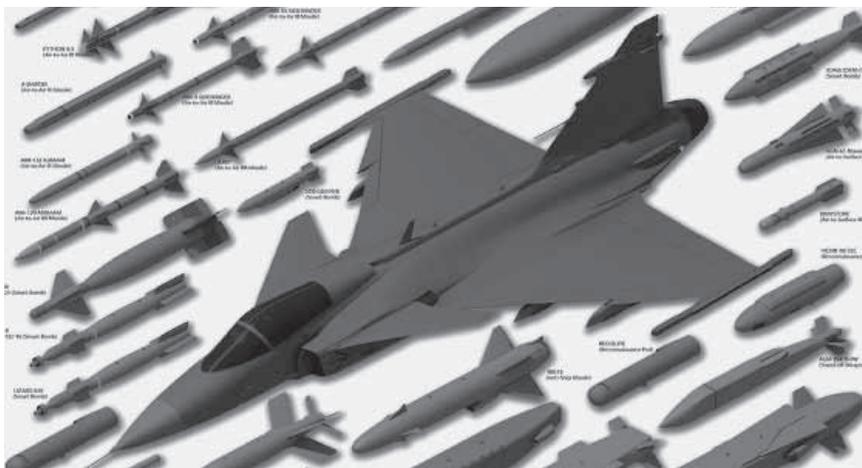
Sie können heute das Volk ausschliessen. Ich garantiere den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie trotz SVP das letzte Wort haben werden.

Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht

(j1) Am 5. Januar reicht die GSoA die Volksinitiative Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht ein. Unterstützt von Bündnispartnern wie der Alternative-die Grünen Zug hat sie 130'000 Unterschriften zusammengebracht. Ab Anfang 2011 werden die Armee-Debatten im Zeichen dieses Volksbegehrens stehen. Praktisch alle Armee-Fragen haben mit dieser Frage zu tun. Zum Beispiel die Grösse der Armee: Wenn der National- und Ständerat die Zahl der vom Bundesrat vorgeschlagenen 80'000 auf 100'000 erhöht haben, hat das entscheidend mit der Wehrpflicht zu tun. Bei 100'000 Soldaten braucht es pro Jahr noch etwa die Hälfte der 40'000 Stellungspflichtigen. Bei 80'000 sind es weniger als die magische Grenze von 50%, wo die Wehrgerechtigkeit zwar geritzt wird, aber noch nicht schwerwiegend verletzt ist. Zum Beispiel das Militärbudget: Da jeder Soldat wegen der militärtechnischen Entwicklung immer teurer wird, haben alle anderen europäischen Staaten ihre Armeen auf einen Stand reduziert, der etwa 20'000 Soldaten in der Schweiz entspricht. Zum Beispiel die Kosten für die Wirtschaft: Die heute noch 6.4 Millionen Dienstage kosten die Schweizer Wirtschaft jährlich an 4 Milliarden Franken Wertschöpfungsverlust. Zum Beispiel die Konzeption: Die Wehrpflicht ist eng verbunden mit der konventionellen Grenzverteidigung, die historisch überholt ist.

Kampfjets vors Volk

(j1) Die Kampfjet-GegnerInnen stehen vor folgender Frage: Eigentlich wäre ein Referendum das geeignetere Mittel als eine Initiative, weil es in jenem Fall kein Ständemehr braucht und weil Nein-Abstimmungen leichter zu gewinnen sind. Aber da wir erst in einem Jahr wissen, ob das Parlament wirklich einen referendumsfähigen Entscheid getroffen hat und da der Bundesrat bereits im nächsten Mai mit einem Rüstungsprogramm samt Gripen kommen könnte (worüber das Parlament im September und Dezember 2012 entscheidet), sind wir wahrscheinlich gezwungen, im nächsten Sommer für eine Volksinitiative Unterschriften zu sammeln.



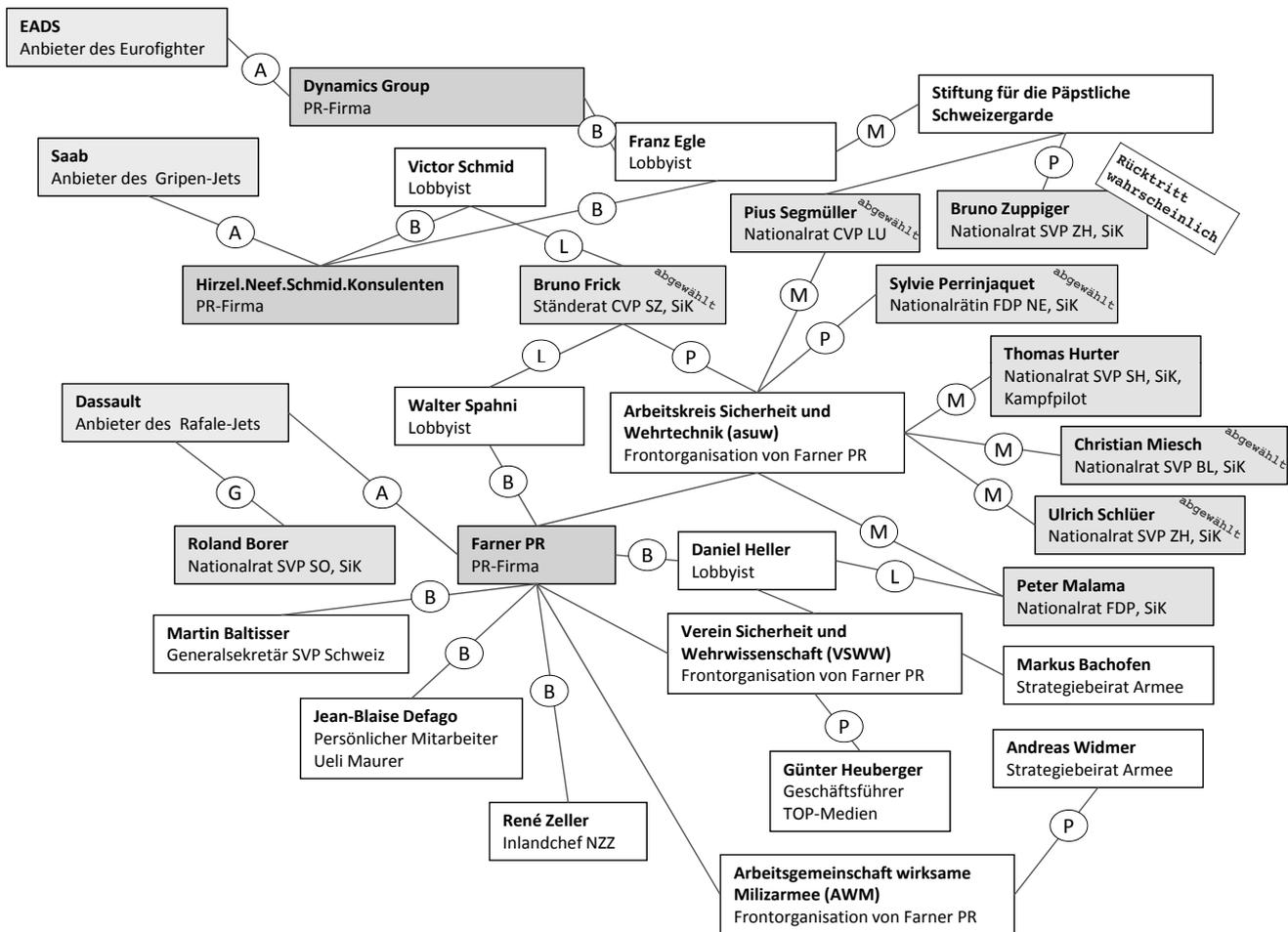
Das Beschaffungsvorhaben des VBS ist sicherheitspolitischer Unsinn, es setzt friedenspolitisch ein verheerendes Zeichen und ist Ausdruck einer verfehlten finanzpolitischen Prioritätensetzung.

Die Rüstungslobby

GsoA-Zitig November 2011 | www.gsoa.ch

Gross sind die Geldbeträge, um die es beim Kauf von Rüstungsgütern geht. Die Herstellerfirmen investieren Millionen ins Lobbying. Welche Beträge im Hintergrund auf verschlungenen Wegen fliessen, weiss niemand. Keine Kampfjetbeschaffung ohne Korruptionsverdacht. Wir geben hier einen kurzen Überblick über die Verstrickungen von PR-Büros, Politik und Medien.

11



Legende

- A: Auftrag des Kampfjetanbieters an PR-Firma
- L: Politiker hat dem Lobbyisten einen seiner zwei ständigen Bundeshaus-Gästepässe vermacht.
- G: Hartnäckige Gerüchte über intensive Zusammenarbeit
- B: Aktueller oder ehemaliger Mitarbeiter
- M: Mitglied
- P: PräsidentIn und Geschäftsführer
- F: Frontorganisation von Farner PR
- SiK: Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission



Ein Barman als Treuhänder

Franz Stoller, freier Journalist, Zug | Illustration BULLETIN

12

Jung, dynamisch und erfolgreich geschäftet scheinbar David Paulson, der Ex-Barman, mit seiner Firma Financial Yard AG an der Chamerstrasse 174 in Zug im Handel mit Firmen, offshore-banking und Steueroptimierung. Paulson ist ein Musterbeispiel der neuen «Treuhänder»-Generation ohne Berufsdiplom.

David Paulson hat in seiner doch noch jungen Treuhänderkarriere schon mehrmals unliebsam mit der Schweizer Justiz zu tun gehabt. Als Teilhaber der inzwischen gelöschten Rialcos AG vermittelte er 2008 an den gescheiterten Internet-Pornounternehmer und «Finanzspezialisten» Reto Stössel die Helvetic Capital Partners AG für Fr. 25'000. Diese musste dann als illegale Geldsammelstelle für dubiose Geldanlagen erhalten und zog den Unmut der FINMA sowie der Bundesanwaltschaft auf sich. Beide eröffneten umfangreiche Verfahren gegen Stössel und sein spanisch-deutsches Umfeld.

Mit früher Justizerfahrung

Paulson trat bei diesem Geschäft nicht nur als Firmenlieferant in Erscheinung, sondern auch als «Berater» dafür, wie die Finanzmarktaufsicht (FINMA) wegen der deliktischen Herkunft der Gelder an der Nase herumgeführt werden könnte.

Doch unverhofft klickten die Handschellen. Die Staatsanwaltschaft Luzern nahm Paulson im Frühling 2008 aufgrund des dringenden Verdachtes auf Geldwäscherei, Betrug und weiterer Delikte fest und steckte ihn und seine Geschäftspartner für längere Zeit in Untersuchungshaft. So soll er mit weiteren Mitangeklagten so genannte «Abo-Fallen» im Internet betrieben haben und arglosen Homepage-Besuchern Rechnungen für angeblich abgeschlossene Dienstleistungen zugeschickt und grosse, bereits von Kunden bezahlte Warenposten, bestehend aus Elektro-Geräten, nicht ausgeliefert haben. Die Strafuntersuchung in Luzern ist immer noch hängig, und bis zu einem rechtsgültigen Urteil gilt die Unschuldsumutung.

Neuer Name = neuer Schwung

Mit dem Namenswechsel auf Paulson, dem Familiennamen seiner Mutter, und seiner im Februar 2009 neu gegründeten Firma Financial Yard AG entledigte sich David Prokopetz, wie der Gastroprofi ursprünglich hiess, kurzerhand des negativen Beigeschmackes seines alten, mit Strafverfahren belasteten Namens. Ein kurzer Blick auf die jetzige Firmenhomepage verheisst aber erneut nichts Gutes. Da werden die gleichen dubiosen Dienstleistungen wie vorher angeboten – vom Aktienmantelfirmenhandel bis hin zu offshore-banking. Vollmundig preist sich die Financial Yard AG als erstklassigen und seriösen Partner an, der auf ein kompetentes Team von Spezialisten zurückgreifen könne. Es kommen gewisse Zweifel an den fachlichen Qualitäten von Herrn Paulson auf, der über kein in der Schweiz anerkanntes Treuhänderdiplom verfügt. Diese Zweifel werden bei der Länge seines privaten Betriebsregisterauszuges, der dem BULLETIN vorliegt, noch verstärkt.

Aus Partnern werden Feinde

C. S. ist ein ehemaliger Geschäftspartner von Paulson alias Prokopetz und im gleichen Metier tätig. Zum Bruch zwischen den beiden kam es kürzlich, als C. S. seinen Geländewagen dem Berufskollegen vermietete und als dieser keine Mietzahlungen leistete, sein Eigentum mit einer offenbar unkonventionellen Methode wiederbeschaffte. Eigentlich verständlich, aber eben nicht ganz ge-



Typischer Trickfax für nutzlose Register im Internet («Abo-Fallen»)

setzeskonform. Paulson reagierte postwendend mit einer Anzeige bei der Polizei und bezichtigte C. S. des schweren Diebstahls. Seither korrespondieren die beiden Streithähne nur noch via ihre Rechtsanwälte. Ein befreundeter Journalist meinte zu dieser Provinzposse, dies sei «groses Popcorn-Kino made in Zug». ■

Reputation gefährdet

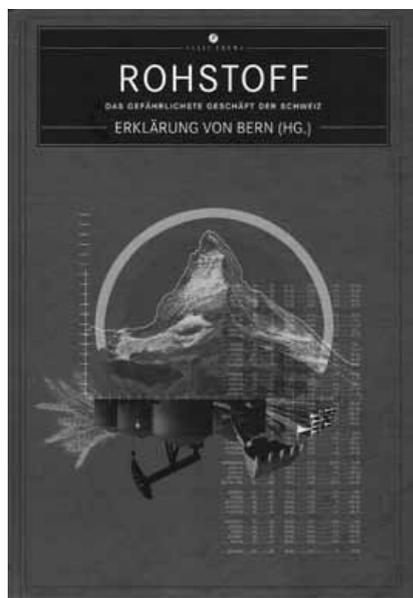
Redaktion BULLETIN

Ein neues Buch der Erklärung von Bern zeigt, wie einige riesige, internationale Rohstoffkonzerne das Ansehen der Schweiz und insbesondere von Zug gefährden und dass die Behörden, trotz vorhandenen, gesetzlichen Grundlagen, nichts dagegen unternehmen.

Im Buch «Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz», herausgegeben von der Erklärung von Bern (EvB), wird anschaulich erläutert, wie wesentlich Rohstoffe für unsere Industriegesellschaft sind, wie der Handel funktioniert, welche zentrale Rolle die rohstoffarme Schweiz dabei spielt und worin die problematischen Seiten dieses Geschäftes bestehen. Das Buch wäre eine interessante Lektüre für alle Zugerinnen und Zuger, da Zug zusammen mit Genf ein besonders wichtiger Standort des weltweiten Rohstoffgeschäfts ist. Im Buch ist die Erklärung zu finden, warum Zug so attraktiv für die Rohstoffkonzerne ist und wie die Geschichte ihrer Ansiedlung und deren Entwicklung zu weltweiten marktbeherrschenden «Rohstoff-Supermärkten» verlief. Das Buch zeigt auch, welche Verantwortung diese Organisationen für Schäden an Umwelt und Menschen durch Rohstoffgewinnung und -verarbeitung tragen und wie eng sie mit Banken und den übrigen Finanzsektoren verwickelt sind, ohne jedoch von den zuständigen Aufsichtsbehörden angemessen kontrolliert zu werden.

Die Zuger Riesen

Besonders interessant aus Zuger Sicht sind die ausführlichen Abschnitte über Marc Rich und seine Nachfolger Glencore und Xstrata. Für Insider wohl nichts Neues, aber für ein breiteres Publikum eine gute Gelegenheit, sich ein umfassendes Bild über diese meist sehr diskret agierenden Riesen und ihre Geschäftspraktiken zu machen. So erfährt man zum Beispiel, dass Marc Rich in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von der Tatsache profitierte, dass die Schweiz



nicht Mitglied der UNO war. Von Zug aus konnte er den Boykott gegen das südafrikanische Apartheid-Regime umgehen und daraus Riesenprofite ziehen. Weniger Glück hatte er mit seinen Geschäften mit dem Iran. Da zog er den Zorn der USA auf sich – wo man ihn (nicht nur deswegen) für 352 Jahre ins Gefängnis stecken wollte – und wurde in Zug zum willkommenen Wirtschaftsflüchtling.

Ungerechte Verteilung

Ferner erfährt man, wie Marc Rich in den neunziger Jahren das Geschäft seinen Managern abtreten musste und wie diese es unter dem Namen Glencore und Xstrata um das Hundertfache ausbauten und so zu Unsummen kamen. Ivan Glasenberg, der Chef von Glencore, versteuert ein jährliches Einkommen von 100 Millionen Franken. Aber das ist wenig im Vergleich zum Milliardengewinn, den er durch den Börsengang

von Glencore im Mai dieses Jahres erzielte. Diese Milliardengewinne zeigen, wie extrem ungleichmässig die Rendite aus Rohstoffgewinnung und -handel verteilt wird. Auch diesbezüglich liefert das Buch ausführliche Informationen. Es beschreibt, wie Rohstoffkonzerne – im Fall von Zug insbesondere Glencore – ohne Skrupel in Krisengebieten und mit korrupten Regierungen äusserst profitable Geschäfte auf Kosten der ansässigen Bevölkerung tätigten, sodass für diese den Rohstoffreichtum statt zum Segen zum Fluch wurde. Dieses Geschäftsgebaren stellt ein Reputationsrisiko für die ganze Schweiz und insbesondere für Zug als Firmensitz dieses weltweit agierenden Unternehmens dar.

Reputationsrisiko

Angesichts der zunehmenden internationalen Bemühungen, die Spekulation in juristischen Graubereichen des Rohstoffhandels politisch einzudämmen, drohe die Schweiz mit ihrer sehr zurückhaltenden Regulierung zur Verantwortungsoase und somit wieder zum Paria der Weltgemeinschaft zu werden. Das bestehende Geldwäschereigesetz, das auch für den Rohstoffhandel gilt, werde zum Beispiel durch die Behörden nicht angewendet. Noch bleibe aber ein wenig Zeit, dem Regulierungsvakuum ein Ende zu setzen und ethisches, faires Verhalten durchzusetzen. ■

Erklärung von Bern (Hg.)

„Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz“

Salis-Verlag Zürich
(ISBN 978-3-905801-50-7)

Es kann auch bei der Erklärung von Bern bestellt werden: <http://www.evb.ch>
EvB-Mitglieder können das Buch für CHF 29.- statt CHF 34.80 bestellen.

Imaginäre Werte – realer Hunger

Philippe Koch, Redaktion BULLETIN | Illustration FAO (UNO)

14

Von steigenden Preisen für Nahrungsmittel profitieren einige wenige, während Millionen Menschen darunter leiden. Während sich die Preise für Nahrungsmittel zwischen Mitte der 1970er Jahre und Ende der 1990er Jahre halbiert haben, stiegen sie seit 2005 wie nie zuvor. In diesem Artikel gehe ich den Akteuren, Mechanismen und Konsequenzen der Preissteigerung nach.

Seit 2005 sind die Lebensmittelpreise rasant gestiegen, allein im Jahr 2010 um rund einen Drittel (siehe Abbildung). Dies obwohl im Agrarsektor mehr produziert werden konnte. Gleichzeitig wurde in den letzten zehn Jahren rund das Vierzigfache an Kapital – in absoluten Zahlen 600 Milliarden im Jahr 2010 – in Wertpapiere investiert, mit denen die Anleger von Veränderungen der Rohstoffpreise profitieren wollen. Rund ein Drittel davon floss in Anlagen für Agrarrohstoffe. Der Zusammenhang zwischen der Preissteige-

rung und den Investitionen scheint aufgrund der Zahlen klar zu sein. Doch darüber, ob diese Investitionen wirklich für die Verteuerung physischer Agrarrohstoffe verantwortlich sind, ist ein zuweilen heftiger Streit ausgebrochen.

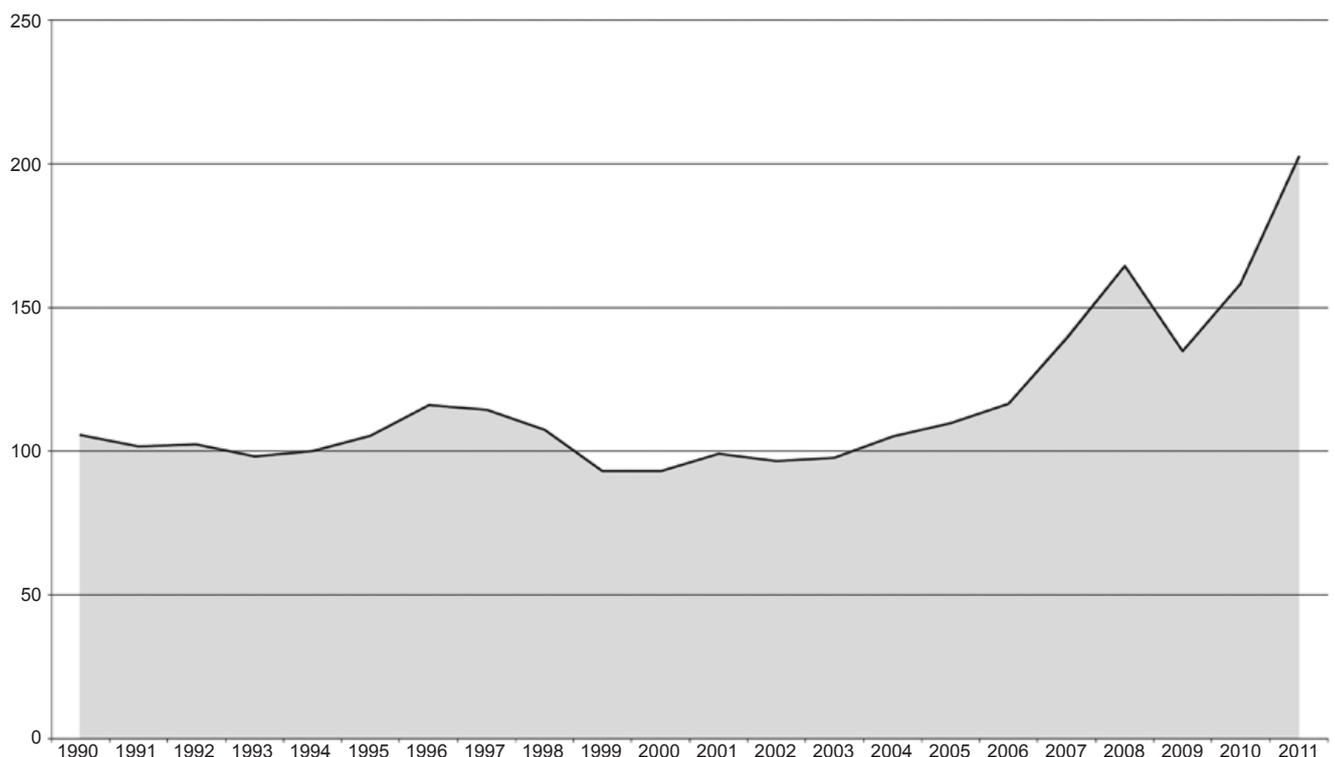
Handel mit oder ohne Ware

Die Spekulation auf Nahrungsmittelpreise war seit jeher ein einträgliches Geschäft. Doch im Unterschied zu den Preistreibern der frühen Neuzeit, die manche Unruhen ausgelöst haben, müssen die heu-

tigen Spekulanten die Ware nicht mehr physisch kaufen und in Lagerhäusern horten. Neben den physischen Handel mit Waren ist der rein finanzbasierte Handel mit Wertpapieren (Termingeschäfte) getreten.

Ein Beispiel

Termingeschäfte sind dazu da, sowohl Produzenten als auch Abnehmer gegenüber Preisschwankung abzusichern. Ein Beispiel: Ein Schweizer Bauer produziert 100 Tonnen Weizen, die er spätestens im August verkaufen muss. Die Produktionskosten für den Bauern belaufen sich auf 150 Franken pro Tonne. Auf dem Markt für Termingeschäfte erhält er zum Liefertermin August 200 Franken pro Tonne. Also geht er ein Angebot über 100 Tonnen zu einem Preis von 200 Franken im August ein. Bis zum August hat sich der



Entwicklung der realen, indextierten Nahrungsmittelpreise (1990-2011)

Wert einer Tonne aufgrund eines physischen Überangebotes auf 100 Franken pro Tonne reduziert. Nun schützt das Termingeschäft den Bauern vor einem Verlust. Denn auf dem physischen Markt verkauft er seinen Weizen für 100 Franken und nimmt damit 10'000 Franken ein. Somit er verliert 5'000 Franken. Gleichzeitig kann er seinen Terminwarenkonzert ausgleichen, indem er Kaufverträge über 100 Tonnen zum Preis von 100 Franken kauft. Damit resultiert ein Börsengewinn von 10'000 Franken und ein Gesamtgewinn von 5'000 Franken. Um sich abzusichern, macht der Bauer zwei Geschäfte über dieselbe Menge auf unterschiedlichen Märkten, wobei der zukünftige Preis auf dem physischen Markt unsicher, derjenige auf dem Termingeschäftsmarkt für die Zukunft fixiert wird. So kann die Gewinn- und Verlustspanne in einer gewissen Bandbreite gehalten werden. Für Akteure auf dem physischen Markt ein sinnvoller Mechanismus. Besonders da gemäss reiner Wirtschaftslehre das physisch vorhandene Angebot und dessen Entwicklungen letztendlich die Preise der Termingeschäfte beeinflussen sollte – und nicht umgekehrt. Doch dieser Zusammenhang wird immer stärker angezweifelt.

Die reine Lehre irrt – schon wieder

Die Zweifel an der Unabhängigkeit der Preisbildung am physischen Markt werden durch Beispiele wie die folgenden genährt: Zwischen 2007 und 2008 hat die Erdölproduktion zugenommen, gleichzeitig ist der Konsum von Erdöl gesunken. Die Preise hätten also aufgrund der physischen Daten fallen sollen. Doch sie stiegen um fünfzig Prozent. 2009/10 war das Angebot an Agrarrohstoffen zwanzig Prozent höher als 2007/2008 und doch sind die Preise in diesem Zeitraum um mehr als zwanzig Prozent gestiegen ohne dass eine erhöhte Nachfrage die Preisentwicklung

beeinflusst hätte. Wieso? In der Realität gibt es starke Wechselwirkungen zwischen dem physischen (Spot) Markt und dem finanzbasierten (Futures) Markt. Die meisten mittelgrossen Agrarproduzenten orientieren sich an den Preisen der Termingeschäfte, um in Verhandlungen mit ihren Abnehmern zu treten. Denn diese Preise werden täglich aktualisiert und gelten als gesicherte Informationen. Das heisst, die physischen Märkte richten sich nach den finanzbasierten Märkten und nicht, wie in der Lehre behauptet, umgekehrt. So spricht etwa der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung von einer «virtuellen Hortung» von Nahrungsmitteln durch Finanzinvestoren.

Symbiose zwischen Händlern und Spekulanten

In diesem Zusammenhang fast wichtiger ist, dass die grossen Händler zunehmend auch als Investoren auf den finanzbasierten Märkten auftreten – und so beide Märkte zu ihrem eigenen Profit steuern können. Die grössten fünf Getreideunternehmen Cargill, ADM, Bunge, Dreyfus und Glencore – alle mit grossen Handelsabteilungen in der Schweiz – wickeln rund Dreiviertel des weltweiten Handels ab. Sie verfügen über unzählige Lager, Anbauflächen und Logistikinfrastrukturen. Gleichzeitig sind sie über eigene Fonds oder in Zusammenarbeit mit Banken an Finanzinvestitionen in den Getreidemarkt aktiv – Glencore hat zusammen mit der CS einen solchen indexbasierten Fonds (GAINS) aufgelegt. Das Insiderwissen dieser marktdominierenden Händler wird dabei auf den finanzbasierten Märkten genutzt. Umgekehrt investieren immer mehr Banken (u.a. die Deutsche Bank und Goldman Sachs) direkt in den physischen Warenhandel, kaufen Lagerhäuser und horten Rohstoffe nicht nur virtuell, sondern auch physisch.

Positive Effekte?

Nun könnte man sagen, dass auch die Kleinbauern in den ärmeren Ländern von der Preissteigerung profitieren und so ihr Einkommen steigern können. Leider passiert das nicht. Die Bauern mit geringem Absatz müssen am örtlichen Spot-Markt zum Erntetermin verkaufen, unabhängig davon, wie sich die Preise an den weltweiten Börsen entwickeln. Absichern mit Futures ist, zum Beispiel für einen indischen Kleinbauern, nicht realistisch. Die Magie der Märkte steht der komplexen und ungerechten Realität der ungleichverteilten Ressourcen hilflos gegenüber. Jedoch schuld ist nicht der Markt – es sind die asymmetrisch verteilten Informationen und Marktzugangsmöglichkeiten, die die bestehende Ungleichheit zuspitzen.

Unternehmen vs. Markt vs. Demokratie

Ähnlich wie im Bankenwesen dominieren einige wenige Unternehmen die Produktion und den Handel von Nahrungsmitteln. Sie sind verantwortlich für exzessive Preissteigerungen und -schwankungen. Sie rühmen die Marktwirtschaft, meinen aber die Monopolwirtschaft. Denn mit marktförmigen Beziehungen hat diese Form des Wirtschaftens nichts zu tun. Es sind auch nicht die «Märkte», die Entscheidungen treffen. Es sind die Führungskräfte dieser Unternehmen, die über Hunger, Löhne, Einkommen, öffentliche Investitionen, kurz: über die Grundlagen unzähliger Menschen bestimmen – um gleichzeitig von den bürgerlichen Politikern mit fürstlichen Steuerfreibeträgen beschenkt zu werden. Diese Politik steht nicht im Dienste der Märkte, sondern im Dienste der wahnwitziger Egoisten. Was ein solches System mit Demokratie zu tun hat, bleibt mir bis auf Weiteres verborgen. ■

Konzerne an die Leine

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion, Zug |
Bild www.katangamining.com

16

Lasche Gesetze, ungenügende Transparenz und Steuerprivilegien ermöglichen Rohstoff-Multis in der Schweiz riesige Gewinne. Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen machen die Menschen in Abbaugebieten zu Verliern. Recht ohne Grenzen verlangt faires Wirtschaften.

Zug ist einer der grössten Rohstoff-handelsplätze der Welt – auch wegen des Holding-privilegs: 0 Prozent Gewinnsteuern und 0,02 Promille Kapitalsteuern.

2010 vermeldete das umsatzstärkste Unternehmen der Schweiz, die Glencore in Baar, einen Gewinn-sprung von 40% auf 3,8 Mrd. Dollar. Bei deren Tochter, dem Bergbaukonzern und neuntgrössten Schweizer Unternehmen Xstrata in Zug, explodierte der Betriebsgewinn um 75% auf 7,65 Mrd. Dollar.



Kupfer-Kobalt-Mine der Glencore in Katanga

Protest nach Zug tragen

Am 16. Oktober protestierten 100 Personen vor der Glencore und vor der Xstrata – angeführt von Yazmin Romero aus Kolumbien und Victoria Cruz aus Argentinien. Sie berichteten eindrücklich, welche verheerende Folgen der Abbau von Kohle, Kobalt und Kupfer für Mensch und Umwelt haben. In Kolumbien werden ganze Dorfgemeinschaften durch die grösste Tagebau-Mine Cerrejon (Glencore) vom Land vertrieben. In Argentinien vergiftet die Mine Agua Rica das Trink- und Bewässerungswasser. Die Frauen trugen den Protest in die Schweiz, weil sie vor Ort kaum rechtliches Gehör erhalten und sie die Schweizer Besitzer in die Verantwortung nehmen wollen.

Auch andere Schweizer Firmen wie Holcim, Triumph, Novartis oder Nestlé und deren Tochtergesellschaften erwirtschaften im Ausland – oft in armen Entwicklungsländern – grosse

Gewinne. Doch nehmen sie wie die Zuger Firmen ihre Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz nicht oder nur ungenügend wahr.

Ausweitung der Rechtsprechung

Opfer von Rechtsverletzungen haben in ihren Ländern oft keine Chance auf eine faire Rechtsprechung – ihre Regierungen sind zu schwach oder korrupt. Die Schweiz hat die höchste Dichte an international tätigen Unternehmen. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung. Darum fordern 50 Schweizer Menschenrechtsorganisationen, Hilfswerke und Umweltverbände «klare Regeln für Unternehmen – weltweit».

Sie rufen Bundesrat und Parlament mit einer Petition auf, Gesetze zu schaffen, damit Firmen mit Sitz in der Schweiz Massnahmen ergreifen, dass sie selbst sowie ihre Tochterfirmen und Zulieferer Menschenrechte und Umweltschutz global respektieren. Für Verletzungen dieser Rechte sollen sie auch in der Schweiz belangt werden – die Betroffenen sollen auch hier Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können. Denn wenn ein Schweizer Konzern die Mehrheit einer Firma im Ausland

besitzt oder einen beträchtlichen Teil des Umsatzes einer Zulieferfirma generiert, nimmt direkt oder indirekt auf die strategischen und wirtschaftlichen Entscheide der Geschäftspartner Einfluss, um die angestrebte Qualität der Produkte und Dienstleistungen sicherzustellen. Mit derselben entschiedenen Haltung sollen Schweizer Konzerne gegenüber ihren Geschäftspartnern auftreten, wenn es um einen verbesserten Schutz der Umwelt und der Menschenrechte geht.

Exemplarisch lässt sich diese Mechanik am Beispiel von Glencore in der Demokratischen Republik Kongo (RDC) illustrieren. Glencore hält 74 Prozent der Aktien der Katanga Mining Limited (KML). De facto kontrolliert der Schweizer Konzern also den Geschäftsgang der KML. Dennoch trägt Glencore juristisch gesehen keine Verantwortung für die Aktivitäten der KML, zum Beispiel für die Verschmutzung des Wassers oder die wiederholten Übergriffe von Sicherheitskräften auf die Arbeitenden. Den Geschädigten bleibt einzig die Möglichkeit, bei einem kongolesischen Gericht Klage einzureichen und Wiedergutmachung zu fordern – mit sehr beschränkter Aussicht auf Erfolg. Das verantwortliche Mutterhaus in Zug aber können sie nicht belangen.

Von einer gesetzeskonformen Wirtschaft profitieren nicht nur die Menschen vor Ort, sondern auch die Mehrheit der fairen Firmen und ein sauberer Wirtschaftsstandort Schweiz. ■



Online-Petition:

www.rechtohnegrenzen.ch

Kritische Sendung im ARD über Glencores Börsengang:

<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2011/0804/glencore.php5>

«Wir sind sauer!»

Das gabs auf dem Landsgemeindeplatz schon lange nicht mehr: zwar (noch) kein Streik, aber eine Kundgebung des Spitalpersonals aus Protest gegen den Abbruch der GAV-Revisionsverhandlungen durch den Verwaltungsrat. Im Folgenden dokumentiert das BULLETIN die Mitteilung der Gewerkschaften.



«Mit dem Slogan «Wir sind sauer!» protestiert das Personal des Zuger Kantonsspitals am 24. November 2011 auf dem Landsgemeindeplatz gegen den Abbruch der GAV-Revisionsverhandlungen. Die Mitarbeitenden fordern vom Verwaltungsrat eine Investition ins Personal. Von einer fünften Ferienwoche erhoffen sie sich eine spürbare Entlastung. Der aktuelle und sich verschärfende Personalmangel in den Gesundheits-

des Kantons zurück. Eine wirksame Entlastung durch eine fünfte Ferienwoche schliesst der Verwaltungsrat aus Kostengründen aus. Das Angebot, die fünfte Ferienwoche kostenneutral einzuführen, lehnte eine gut besuchte Personalversammlung mit überwältigender Mehrheit ab. Es sei jetzt schon unmöglich, Überstunden abzubauen. Wenn Leute krank sind, werden sie nicht ersetzt. Eine wirkliche Entlastung wird sich nur ein-



berufen ist auch ein Resultat der hohen Belastung durch unregelmässige Schichtarbeit.

Die Gewerkschaften vpod und syna, sowie der Pflegefachverband SBK, weisen darauf hin, dass die Produktivität im Kantonsspital um mehr als 10% gesteigert wurde. Die Anerkennung für die strengere und dichtere Arbeit blieb jedoch aus: Die Lohnentwicklung bleibt hinter derjenigen

stellen, wenn im Gegenzug zu mehr Ferien auch mehr Personal eingestellt wird.

Dass der finanzielle Druck auf das Spital gross ist, streitet auch die Arbeitnehmerseite nicht ab. Deshalb fordern die Verbände am 24. November, dass der Regierungsrat des Kantons Zug seinen Spielraum nutzt, dem Spital die nötigen Finanzen zur Verfügung zu stellen. Aktuell werden

die Beiträge für die Ausbildung und die Infrastruktur gekürzt. Die Löcher, die entstehen, werden von den Krankenkassen nicht gestopft. Das Personal wehrt sich gegen eine versteckte Sparübung, die letztlich auf Kosten

17



der Qualität des Spitals gehen kann. Was in Zug passiert, kann auch in anderen Kantonen beobachtet werden. Deshalb haben bereits am 22. September 2011 in der ganzen Schweiz Angehörige der Gesundheitsberufe dagegen protestiert, dass das Personal in den Verhandlungen und Umsetzungsschritten der neuen Spitalfinanzierung als elastischer Puffer behandelt wird. Wer jetzt nicht auf das Personal hört, nimmt eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in Kauf.» ■

Die beteiligten Organisationen:

www.zug.vpod.ch
www.sbk-zentralschweiz.ch
www.syna.ch

Weitere Informationen zu Protesten des Spitalpersonals:

www.wir-sind-sauer.ch

Ein Schritt vor, zwei zurück

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug

18 Der neue Kantonsrat politisierte im ersten Jahr nach den Wahlen konservativer, machtorientierter und dienstefriger gegenüber dem grossen Geld. Dennoch gibt es Lichtblicke.

Für Zug sind ab Dezember drei Politiker im Nationalrat, welche jeweils am rechten Rand ihrer Parteien politisieren. Das ist kein Zufall. Im Kantonsrat drängen sich innerhalb der Fraktionen die rechten Lautsprecher vor – die lösungsorientierte Sachpolitik gerät unter Druck.

Sonderfall Zug

In ihrer Eröffnungsrede plädierte die Kantonsratspräsidentin völlig unüblich für weniger Zusammenarbeit mit anderen Kantonen. Fordert eine Lega Nord in Italien die Abspaltung vom armen Süden, so zweifeln immer mehr Zuger Bürgerliche die Solidarität zwischen den Schweizer Kantonen an. Konkordate für bessere Zusammenarbeit zwischen Nachbarkantonen werden bekämpft, mit verschärftem Steuerwettbewerb anderen Kantonen wichtige Einnahmen entzogen und der NFA verteufelt – obwohl Zug selber Firmen und Reiche anzieht, welche für steigende NFA-Kosten sorgen und diese dann mit immer tieferen Steuern im Verhältnis immer weniger an diese Kosten zahlen. Dass Zug nur als Teil der Schweiz und internationalen Gemeinschaft funktioniert, blenden viele realitätsfremd aus.

Der Besuch der alten Dame

Dem grossen Geld wird vermehrt gleich dem «Besuch der alten Dame» der rote Teppich ausgerollt: Internationale Söldnerfirmen: kein Problem. Pauschalbesteuerte Oligarchen: Na und? Novartis baut rechtswidrig in der Seeuferschutzzone: Tut doch nicht so! Geld für internationale Privatschulen: Die brauchen das! Gleichzeitig wird zur Machtdemonstration die Direktion des Innern (DI) angegriffen: Die Waldgewässer wurden in die Baudirektion verlegt, und

jetzt will der Rat das ganze Kantonsforstamt von der DI in die Baudirektion verlegen – ohne sachlichen Grund. Und obwohl alle (bürgerlichen) Einwohner- und Bürgergemeinden die vormundschaftlichen Aufgaben dem Kanton übertragen wollen, stimmte der Rat dem nur knapp zu – man will ja der DI nicht mehr Stellen und Einfluss geben.

Vorwärts in die Vergangenheit

So international und weltwirtschaftsgewandt sich Zugs Politik gibt, so konservativ ist sie in ihrem Kern. Schulnoten ab der 1. oder 2. Klasse sollen eingeführt werden (der Rat stimmte dagegen, doch bei der Abstimmung wird es dann andere Parolen geben). Law and Order soll mittels verschärftem Polizeigesetz durchgesetzt werden, das nun gar Festnahmen oder die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Personen erlaubt, welche noch gar nicht strafällig geworden sind. Der Baudirektor treibt den Strassenbau im Geiste der 60er-Jahre voran.

Die Lichtblicke

Kleinlaut wurden allerdings die Hardliner, als ihre wahltaktischen Vorstösse zu Einbürgerung, Asylsuchenden und Religionsfreiheit in den Rat kamen. Der Regierungsrat konnte aufzeigen, dass Zug bezüglich Vollzug und Sicherheit geringe Probleme hat. Und absurd wurde es, als man sich beklagen wollte, dass muslimische Eltern ihre Kinder nicht ins Schwimmen schicken und dies nicht belegbar war, und gleichzeitig forderten SVP-Vertreter Schuldspesen vom Sexualunterricht. Punktuelle bauliche Verbesserungen gab es für den ÖV – auch wenn sich die GLP gegen eine besser Bahnanbindung ins Freiamt wandte. Auch

gab es Erfolge bei der Förderung von Energiesparmassnahmen.

Nicht selten kommen alte Anliegen, die wir vor zehn Jahren in den Rat brachten, heute problemlos durch – so zum Beispiel Transparenz in der Verwaltung und im Abstimmungsverhalten des Kantonsrates.

Unsere Fraktionsarbeit erlebe ich als konstruktiv, fachlich versiert und sehr engagiert. Beeindruckend ist, wie sich unsere Regierungsrätin Manuela Weichelt unerschrocken für ein sozialeres und offeneres Zug einsetzt. Bei uns bekommen die WählerInnen, was wir versprochen haben: Umweltschutz, starke Sozialwerke, moderne Schule, nachhaltige Wirtschafts- und Energiepolitik. Wenn wir uns im Rat auch nicht immer durchsetzen, so bleiben wir unseren Werten treu, im Wissen, dass wir manchmal der Zeit (oder der Einsicht) voraus sind. ■

Martin B. Lehmann

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug | Bild BULLETIN

Ich habe meinen Namensvetter bei der Abstimmungskampagne zur Gen-Schutz-Initiative im Frühling/Sommer 1998 kennen und schätzen gelernt. Martin B., wie ihn alle nannten, fiel etwas aus dem Rahmen innerhalb der Aktivistengruppe: immer top gekleidet in Schale und meistens mit Krawatte.

Gestört hat es aber kaum jemanden – er war das Herz der Kampagne und ein toller Organisator. Frau/mann konnte sich 100% auf ihn verlassen. Umso brutaler war das Abstimmungsergeb-

eben «SVP-Verhüterli» – verteilen. Ich sehe Martin B. noch vor mir, wie er mit seinem breiten Lachen in eine Sitzung stürmte und uns das S.V.P.-Material präsentierte. Ich hatte Martin B. angefragt als persönlichen Wahlkampfleiter. Dass er schon beim amtierenden Nationalrat Armin Jans zugesagt hatte, bedauerte ich zwar, konnte es aber gut verstehen. Armins Engagement und Ausstrahlung dürfte dann stark dazu beigetragen haben, dass MBL zur SP ging. Zudem hatte er in Unterägeri nur bei der SP eine Chance für den Kantonsrat. Wir diskutierten offen und freundschaftlich über diese Ausgangslage, und ich freute mich ehrlich, als er bei den Wahlen 2002 den Sprung in den Kantonsrat schaffte.



nis, das so überhaupt nicht mit unseren positiven Erfahrungen bei der Strassenkampagne übereinstimmte – nur 33% Ja-Stimmen. Im Winter 2005 klappte es dann aber: Die eidgenössische Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» wurde mit 56% Ja-Stimmen angenommen. In der Schweiz braucht der Fortschritt meistens mehrere Anläufe...

Mit den Alternativen

Was viele nicht mehr wissen: im Herbst 1998 kandidierte MBL in der Stadt Zug als Parteiloser für den Kantonsrat auf der Alternativen Liste, die damals noch den Zusatz «SGA und Parteilose» trug. Ein Jahr später machten wir wieder zusammen Kampagne, diesmal für den Nationalrat. Ein Highlight während der NRW-Kampagne war die Anti-SVP Aktion «S.V.P.», als wir Hunderte von Kondomen –

Das Highlight unserer Zusammenarbeit war aber die erfolgreiche Kampagne gegen den Majorz anderthalb Jahre früher. In einer denkwürdigen Abstimmung verwarf das Zuger Stimmvolk am 10. Juni 2001 den Majorz knapp. Wir waren uns damals bewusst, dass wir eine hochprofessionelle Kampa-



gne machen mussten, und es war Martin B. Lehmann, der den Kontakt zur Werber-Koryphäe Strittmatter in Zürich vermittelte. Gemeinsam mit Rosemarie Fährndrich Burger und Hanspeter Uster heckten wir die Dampfwalzen-Kampagne aus, um symbolisch darzustellen, um was es CVP und FDP ging – die Linke ein für alle Mal niederwalzen. Die ZugerInnen verstanden.

Politisch auf Distanz

Dann flaute der Kontakt langsam ab – im Kantonsrat beackerten wir nicht die gleichen Themenkreise, und vielleicht auch unter dem Einfluss seines Jobs entwickelte er sich eher nach rechts. Im Nachhinein schüttelte ich den Kopf über mich: Weshalb der grosse Ärger, wenn er mal wieder mit den Bürgerlichen stimmte? So wie bei uns gibt es auch bei der SP keinen Fraktionszwang, und es war schliesslich sein gutes Recht.

Dass er sich Anfang letzten Jahres gegen eine gemeinsame Regierungsratsliste von Alternative Grüne und SP stark machte, nahmen ihm manche bei uns übel, so auch ich. Aber immerhin stand er in einem vielbeachteten Leserbrief offen dazu, wohl wissend, dass er sich damit aus dem Rennen für eine Regierungsratskandidatur nahm. MBL stand zu seiner Meinung, was ich ihm immer hoch anrechnete.

Den Menschen im Auge behalten

Rückblickend war es vielleicht auch die Nachricht von seinem Herzinfarkt, der bei mir zu etwas mehr Distanz zum Politbetrieb und mehr Gelassenheit führte. Damals fanden wir wieder etwas mehr Kontakt zueinander, und als ich im Kantonsrat von seinem Tod erfuhr, dachte ich zuerst an Herzinfarkt. Von seinen Depressionen ahnte ich nichts.

Was bleibt: Das Menschliche und Aufrichtigkeit müssen immer Vorrang haben. Das sollten wir Politikerinnen und Politiker als bleibende Erinnerung an ihn behalten.

Zug, 5.12.2011 ■



Kindes- und Erwachsenenschutz

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Kanton Zug | Bild Manuela Weichelt

20

Im Dezember 2008 haben die eidgenössischen Räte das Vormundschaftsrecht revidiert. Die Kantone haben das Vormundschaftswesen bis zum 1. Januar 2013 den neuen Vorgaben anzupassen. Das Bundesrecht fordert neu interdisziplinäre Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden mit Fachpersonen, welche die erforderlichen Kompetenzen mitbringen müssen. Die heute politisch gewählten (Laien-) Behörden sind nicht mehr zulässig.

Das bisherige Vormundschaftsrecht galt seit 1912 weitgehend unverändert und entspricht den heutigen Verhältnissen und Anschauungen nicht mehr. Mit der Revision soll eine Professionalisierung des Vormundschaftswesens erzielt werden. Im neuen Erwachsenenschutzrecht wird es nur noch Beistandschaften geben, welche individuell nach dem Grad der Hilfsbedürftigkeit und des Schwächezustandes der einzelnen Person auszugestaltet ist. Die Entscheide der interdisziplinären Fachbehörde werden neu direkt ans Verwaltungsgericht weitergezogen werden können.

Was ändert im Kanton Zug?

Im Kanton Zug existieren bisher 22 Vormundschaftsbehörden (Gemeinderäte der Einwohnergemeinden und Bürgerräte der Bürgergemeinden). Ausgehend von den Grössenverhältnissen des Kantons (rund 115'800 Einwohnende) und der aktuellen Geschäftslast (rund 1000 geführte Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen, jährlich 200 – 250 Neuerrichtungen) reicht es, eine zentrale Fachbehörde zu schaffen. Diese muss einen Pikettdienst 24 Std. / 365 Tage im Jahr gewährleisten können. Der Kantonsrat ist dem Regierungsrat gefolgt und hat in erster Lesung entschieden, dass es ab 1. Januar 2013 eine Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gibt, die beim Kanton angesiedelt sein soll.

Wer führt in Zukunft die Mandate?

Knapp 400 Mandate werden von privaten Mandatsführenden, knapp 160 von Fachstellen und etwa 400 von

gemeindlichen Mandatsführenden inkl. Betreuungsstelle Ennetsee geführt (Stand 2008). Ende Oktober hat sich der Kantonsrat ebenfalls in erster Lesung entschieden, dass an den privaten Mandatsführenden sowie an den Fachstellen im bisherigen Umfang festgehalten werden soll. Im Kanton Zug sollen private Mandatsführende weiterhin einen grossen Beitrag im Kindes- und Erwachsenenschutz leisten. Der Rekrutierung und der Betreuung dieser Privatpersonen wird auch die kantonale Fachbehörde hohes Gewicht beimessen. Erst wenn keine geeignete Privatperson als Beiständin oder Beistand eingesetzt werden kann, soll der Auftrag an eine Fachstelle oder an das kantonale Mandatszentrum gehen. Ab 2013 ist deshalb damit zu rechnen, dass knapp 400 Mandate von privaten Mandatsführenden, knapp 160 von Fachstellen und etwa 400 vom kantonalen Mandatszentrum geführt werden (Annahme = Total der Anzahl Massnahmen verändert sich bis 2013 nicht).

Mandatsführung im Auftrag der neuen Fachbehörde

Ab 1. Januar 2013 ernennt die kantonale Fachbehörde die Beiständin oder den Beistand und nicht mehr die gemeindliche Vormundschaftsbehörde. Die Mandatsführenden erstatten der kantonalen Fachbehörde Bericht. Die Fachbehörde sorgt dafür, dass die Mandatsführenden die erforderliche Instruktion, Beratung und Unterstützung erhalten. Die Mandatsführenden profitieren somit von einem Kompetenzzentrum, das insbesondere den privaten Mandats-



Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard und Vorsteherin der Direktion des Innern

tragenden professionelle Unterstützung bieten kann. Im Zentrum steht für alle Beteiligten wie bis anhin das Wohl der hilfsbedürftigen Person.

Weitere Informationen

Die Direktion des Innern publiziert regelmässig einen Newsletter zum Aufbau des Amtes auf der neuen Website des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz (www.zug.ch/kes). Sie können den Newsletter abonnieren, sodass Sie laufend über die aktuellen Informationen per E-Mail informiert werden. ■

Wie weiter in Zug?

Astrid Estermann, Gemeinderätin Fraktion Alternative-CSP, Zug | Illustration BULLETIN

Am 15. Mai 2011 hat die Stadtzuger Bevölkerung die Initiative «2000 Watt für Zug» mit 3'658 Ja zu 3'449 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 44,7% angenommen. Die Freude der Befürworter und des Initiativkomitees war sehr gross. Ein wichtiger Meilenstein war geschafft. Doch was ist seither geschehen?

Mit Bericht und Antrag vom 15. März 2011 wollte der Stadtrat dem Tennisclub Allmend und Zug einen Investitionsbeitrag von CHF 300'000.-- an eine Traglufthalle gewähren. Grundsätzlich ist der Grosse Gemeinderat grosszügig bei der Unterstützung von Sportvereinen. Noch vor der Beratung der Vorlage im Grossen Gemeinderat vom 10. Mai 2011 stellte aber die Baubewilligungsbehörde fest, dass die beantragte Traglufthalle die Anforderungen des Wärmeschutzes gemäss Verordnung des Energiegesetzes des Kantons Zug nicht erfüllt. Die FDP sah jedoch keinen Grund, den Kredit für die Traglufthalle nicht zu sprechen und versteifte sich in die Meinung, dass dies nichts mit der Diskussion um die 2000-Watt-Gesellschaft zu tun hätte.

Traglufthalle ade

In der 2. Vorlage wäre die Traglufthalle mit einer 2+2-schichtigen Membran ausgerüstet und für die Beheizung und Belüftung ein CO₂-neutrales Gas der WWZ verwendet worden. Hinter dem Begriff «neutrales Gas» stand die Einzahlung an myclimate. Damit hätte sie die Gesetze nun erfüllt – die Baubewilligung lag bereits vor. Die Beheizung der Traglufthalle pro Wintersaison hätte aber immer noch 157'500 kWh Energie in Form von Erdgas benötigt. Mit der gleichen Menge Gas lässt sich ein Mehrfamilienhaus mit 10 Wohnungen à 110m² während eines Jahres beheizen und das Heisswasser erwärmen. Dies überzeugte eine Mehrheit des Gemeinderates am 30. August 2011 nicht mehr. Die Vorlage wurde mit 14 zu 20 bachab geschickt. Die Votanten wiesen in der Debatte klar auf die 2000-Watt-Initiative hin

und erachteten die stadträtliche Zustimmung als inkonsequent. Ohne Initiative wäre dieser Umschwung kaum möglich gewesen.



Co₂-Schleuder: eine Traglufthalle, wie sie vom GGR abgelehnt wurde.

«Sie haben die Wahl»

Ab 2012 stammt der Strom der WWZ in der Grundversorgung neu standardmässig zu 100% aus Schweizer Wasserkraft. Mit einem Mehrpreis kann auf erneuerbare Energie aus der Region gesetzt werden. Endlich! kann dazu nur gesagt werden. Offenbar hat die WWZ die Zeichen der Zeit erkannt und nach der Abstimmung der 2000-Watt-Initiative einen Richtungswechsel vorgenommen.

Am 17.09.2007 hatte Patrick Steinle für die Fraktion Alternative-CSP in einer Interpellation bereits festgestellt, dass der Strom-Mix der WWZ ca. aus 85% Atomstrom und 15% Strom aus erneuerbaren Energiequellen, v.a. Wasserkraft, bestand (der gesamtschweizerische Strom-Mix betrug damals 38% Atomstrom, 57% Wasserkraft und ca. 5% thermische

Energie). Er forderte, dass der Stadtrat sich dafür einsetzt, dass die WWZ ihren Strom-Mix ändert und den Atomstrom auf Null senkt. Im Grossen Gemeinderat fanden wir damals mit unserem Anliegen kaum Gehör. Jetzt hat die Annahme der Initiative ein Umdenken bewirkt.

Unverständlich bleibt mit dem heutigen Angebot hingegen, dass der Graustrom aus Kernenergie 0,2 Rp/kWh günstiger angeboten wird. Angesichts der Kosten, die uns diese angeblich «saubere» Energie noch einbrocken wird, ist dies schlicht nicht das richtige Anreizsystem.

Massnahmen gefordert

Am 9. November konnte die Energiestadt Zug den Preis «European Energy Award Gold» für ihr fortschrittliches Engagement im Bereich Energiepolitik und Nachhaltigkeit entgegennehmen. Sie hat damit den Platz 15 unter 22 Goldstädten erreicht. Das ist erfreulich – eine Vorreiterrolle erreicht sie damit aber noch lange nicht. Die Stadt Zug ist zurzeit eine 6'500-Watt-Gesellschaft und hat einen CO₂-Ausstoss von 7,6 Tonnen pro Person und Jahr. Sie ist damit weit weg vom Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft und dem Ausstoss von 1 Tonne, wie dies die Initiative fordert. Zahlreiche Massnahmen sind nun gefordert und müssen umgesetzt werden. Bisher konnte der Stadtrat noch keine Ergebnisse präsentieren. Das Initiativkomitee will aber nicht warten. Die Fraktion Alternative-CSP hat als ersten Schritt eine Interpellation beim Stadtrat eingereicht und darin nach den geplanten Massnahmen gefragt. Gleichzeitig gilt es, selber einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten und unsere Forderungen nötigenfalls mit entsprechenden Vorstössen zu stellen. Die Annahme der Initiative ist für uns erst der Anfang und die Umsetzung angesichts der sich beschleunigenden Erderwärmung dringender denn je. ■

FABI hinkt

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative – die Grünen, Zug | Illustrationen AfR + Wikipedia

22

Das neue Parlament in Bern steht vor einer grossen Herausforderung bzgl. Investitionen in Strassen und in Bahninfrastruktur. In der Märznummer berichteten wir über einen neuen Anlauf des Bundesrates: Mit FABI (Finanzierung und Ausbau Bahninfrastrukturen) soll die Finanzierung und das Vorgehen bei der Bahninfrastruktur neu aufgeleitet werden. Inzwischen sind die Resultate der Vernehmlassung bekannt, und es zeichnet sich klar ab, womit der Bundesrat in die eidgenössischen Räte gehen wird.



So sähe die neue Doppelspur beim Hörndli in Walchwil aus – ein langer Damm.

Künftig soll ein unbefristeter Bahninfrastrukturfonds (BIF) die bisherigen Finanzquellen für Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Bahninfrastruktur ablösen. Gespiesen werden soll der Fonds pro Jahr zusätzlich mit einer Erhöhung der Bundesmittel (+ 100 Mio), einer Reduktion der Pendlerabzüge (+ 200 Mio), einer Erhöhung der Trassenpreise (+ 100 Mio) und Kantonsbeiträgen (+ 200 Mio). Letzteres in Ergänzung zur bereits beschlossenen Erhöhung um 200 Millionen per 2013.

Als Konzession an die Autoverbände sollen die Mittel aus der Mineralölsteuer, die heute in den FinöV-Fonds fließen, nicht unbefristet in den BIF fließen, sondern befristet bis voraussichtlich 2030. Anschliessend würden die Gelder für Anliegen der Strasse zur Verfügung stehen. Unbefristet aus dem FinöV-Fonds in den BIF überführen will der Bundesrat wie geplant die LSVA und das Mehrwertsteuerpromille.

BIF okay...

Mit diesen Zusatzeinnahmen sollen die bestehenden Finanzierungslü-

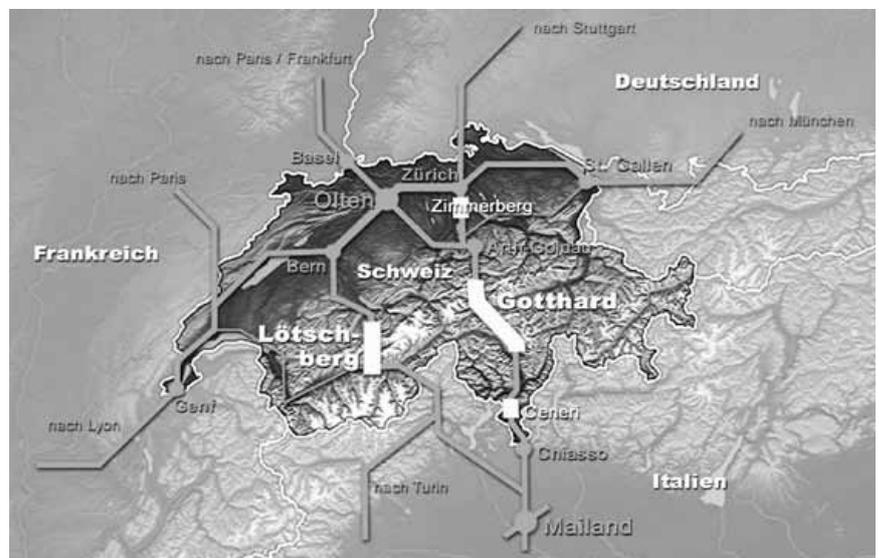
cken geschlossen werden. Hintergrund: Für den Substanzerhalt der Infrastruktur (Unterhalt und Erneuerung der Schienen, Fahrleitungen, Sicherungsanlagen usw.) stehen heute nicht genügend Mittel zur Verfügung und es besteht ein dringender Nachholbedarf. Die SBB haben von der Substanz gezehrt, um die Bi-

lanzen zu schönen, das rächt sich nun. In den Worten des BAV: «Damit die Infrastruktur nicht verlottert und trotzdem die notwendigen weiteren Ausbauten zur Behebung der Engpässe auf dem Schienennetz getätigt werden können, wurden von einer Arbeitsgruppe unter Federführung des BAV Lösungen erarbeitet.»

Für den ersten Ausbauschnitt (bis 2025) sieht der Bundesrat nach wie vor nur 3,5 Mia Franken vor, obwohl in den Vernehmlassungen eine Erhöhung dieser Tranche gefordert wurde. Im Frühjahr 2012 wird der Bundesrat die Botschaft zuhanden des Parlaments verabschieden.

...Ausbau zu wenig und zu langsam

Während der BIF einen wichtigen Schritt vorwärts darstellt, so ist die Alimentierung aber ungenügend und als Folge davon der Ausbau der Bahninfrastruktur zu wenig umfangreich und vor allem zu langsam. Das Grundproblem ist, dass sich die Schweiz die duale Verkehrspolitik mit gleichzeitigem Ausbau von Strasse und Schiene in Zukunft nicht mehr wird leisten können – und auch nicht leisten darf, denn die Energiesituation und das CO2-Problem machen die



Die NEAT im europäischen Netz – im Nordwesten und im Süden klemmt es.

massive Verlagerung auf den wesentlich energieeffizienteren öffentlichen Verkehr immer dringender. Hier ist also nicht kleckern, sondern klotzen angesagt. Pro Jahr geben Bund, Kantone und Gemeinden rund 14,5 Milliarden Franken für den Verkehr aus. Ca. 50 % entfallen dabei auf Strassen, rund 45 % auf den öffentlichen Verkehr. Diese Gewichte müssten verschoben werden, FABI hinkt hinterher. In einem kürzlich erschienenen Leitartikel im Organ des Schweizerischen Städteverbandes bestätigt dies BAV-Direktor Peter Füglistaler indirekt: «Wir haben schlicht nicht die Mittel für einen schnelleren und grosszügigeren Ausbau. Die Vernachlässigung hat gezeigt, dass keine Vorschläge für eine tragfähige Finanzierung grösserer Ausbauschritte vorhanden sind. Mit einem Grossteil des vorhandenen Geldes müssen zuerst die Versäumnisse der Vergangenheit korrigiert werden. In den dichtbesiedelten Städten und Agglomerationen, wo Züge in immer kürzeren Zeitabständen in die Bahnhöfe einfahren, zeigen sich die Folgen eines vernachlässigten Schienenunterhalts zuerst.» Was Füglistaler aber nicht sagt: Es gibt sehr wohl Vorschläge für die Finanzierung, aber diese sind politisch nicht genehm. Die Abstimmung über die VCS-Initiative wird zu einem wichtigen Meilenstein, diese Abstimmung müssen wir gewinnen!

Mittel effizient einsetzen!

Umso wichtiger wäre der effiziente Mitteleinsatz bei den Investitionen – und genau hier hapert es bei den SBB und bei der Politik noch zu oft. Schlagendes Beispiel ist der Konflikt um «Zimmerberg light» und den Zimmerberg-Basistunnel II. In einem Variantenvergleich, dessen Resultate dank einer Interpellation im Zuger Kantonsrat bekannt wurden, schneidet der ZBT II sehr gut, ZBL eher schlecht ab. Dabei wurden ziemlich systematisch die Vorteile des «Zimmerberg light» und die Nachteile des ZBT II ausgeblendet und bei den Kostenannahmen von viel zu hohen Kosten beim ZBL ausgegangen. Zudem gewichtet das Vergleichsstool NIBA Fahrzeitgewinne überproportional. Dies, obwohl als neue Strategie bei den SBB die Kapazitätserhöhung gegenüber dem Fahrzeitgewinn im Vordergrund steht. Im NIBA ist das noch nicht nachvollzogen.

Seltsame Prioritäten am Zugersee-Ostufer

Inzwischen steht es fest: Auf den Fahrplanwechsel im Winter 2016 hin wird der Gotthard-Basistunnel eröffnet. Aber mit dem Fahrzeitgewinn von 40 Minuten wird es vorerst nichts, wenn es nach SBB und Zuger Regierung gehen soll. Der Bau einer Doppelspurinsel nördlich von Walchwil bedingt eine 2-jährige Sperre der Bahnstrecke Zug-Arth-Goldau. Das halbiert den Fahrzeitgewinn und zwingt den Fahrgästen der Nord-Süd-Achse den mühsamen Umweg über Rotkreuz mit langer Wartezeit auf. Entlang des Ostufers müssen die ÖV-Benutzer auf den Bus umsteigen. Für eine solch einschneidende Verschlechterung des Angebotes während zweier Jahre braucht es schon ganz gute Gründe, die aber aus heutiger Sicht nicht vorliegen.

Kurze Ausweichstelle reicht

Mit entsprechenden Fahrplanlagen dürfte die Kreuzung der Stadtbahn mit Fernverkehrszügen auch im Bahnhof Walchwil möglich sein, so wie heute. Allenfalls wäre falls nötig eine kurze Ausweichstelle beim Hörndli ins Auge zu fassen, die wie die Haltestelle Hörndli selbst im laufenden Betrieb gebaut werden könnte.

Ein Ausbau des Stadtbahntaktes der S2 auf eine Viertelstunde ist heute nicht absehbar, das heutige und voraussehbare Fahrgastaufkommen in der Haltestelle Hörndli ist eher bescheiden und das Potenzial der S2 weiter Richtung Süden angesichts des erschlossenen Gebietes limitiert – es sei denn, dass in Zukunft auf eine Anschlussspinne mit der SOB für die Verbindung Richtung Ostschweiz hingearbeitet würde. Aber auch für diesen Fall scheint die geplante Doppelspurinsel nicht die geeignete Massnahme zu sein. Es stellt sich deshalb ernsthaft die Frage, wie prioritär diese Doppelspurverlängerung tatsächlich ist. Zusätzliche Brisanz erhält die Frage angesichts der knappen Finanzmittel. Sind die rund 110 Millionen Franken hier richtig investiert?

Fazit

Aus Sicht der Alternative – die Grünen ist der Nachweis für die Dringlichkeit und zwingende Notwendigkeit dieser Doppelspurverlängerung nicht erbracht, wie sie in der Vernachlässigung zur Richtplanpassung schreibt.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Es dürfte angesichts der fundamentalen Unsicherheiten bzgl. Entwicklung des Fernverkehrs zwischen Zürich und Mailand gar nicht möglich sein, ein definitives Betriebskonzept für die Zeit nach 2019 (Fertigstellung des Ceneri-Tunnels) heute schon zu fixieren. Zu viele Unklarheiten bestehen einige, z.B. das zukünftig verwendete Rollmaterial. Damit muss auch die Frage offen bleiben, ob die Doppelspurverlängerung in Walchwil auch wirklich am richtigen Ort wäre.

Salto mortale rückwärts in Luzern

Das Tiefbauamt der Stadt Luzern hatte bei einem renommierten Planungsbüro eine Studie zur Situation in Thalwil in Auftrag gegeben, um herauszufinden, ob dieser Bahnknoten tatsächlich nicht über die Kapazität verfügt, welche bei einem Ausbau der alten Stammstrecke – unter dem Begriff «Zimmerberg light» bekannt – nötig wäre. Offenbar passte das Resultat der Stadtluzerner Bauchefin Ursula Stämmer (SP) aber nicht ins Konzept – die Studie hält sie unter Verschluss. Dies bestätigte Stämmer bei der Beantwortung einer Interpellation des grünen Stadtparlamentariers Philipp Federer. Dabei vollzog Stämmer einen glatten Salto mortale rückwärts: «Im Stadtrat wurde das Papier nie behandelt. Der Kanton Luzern hat es genauso wenig akzeptiert wie der Kanton Zug. (...) Da fragt sich die Sprechende, warum soll eine Studie, zu der selbst die SBB zweimal negativ Stellung genommen haben, in den politischen Ablauf gebracht werden.» Alle haben offenbar eine Meinung zu dem Papier, das nicht veröffentlicht werden darf, nur der Auftraggeber nicht, denn der hat gar nie darüber diskutiert. Nun, wenn der Luzerner Stadtrat seine Bauchefin so fuhrwerken lässt...

Uns liegt die Studie vor. Das Resultat ist eindeutig: Der Engpass in Thalwil lässt sich mit vertretbaren Kosten entschärfen, und «Zimmerberg light» kostet je nach Ausbauvariante in Thalwil zwischen 500 und 600 Millionen, also maximal die Hälfte des teuren Zimmerberg-Basistunnels II.

Was den Luzerner Stadtrat und auch den Regierungsrat dazu bringt, sich für den Tiefbahnhof Luzern bessere Chancen im Verbund mit dem doppelt so teuren Zimmerberg-Basistunnel II auszurechnen, bleibt schleierhaft. So wird der Tiefbahnhof wohl noch einige Jahrzehnte auf dem Papier bleiben.



24

Das ging rassig – aus BR Tännler wird nichts. Von der Neuen Zuger Zeitung kampagnemässig hochgejubelt, sogar von Dolfi Müller in den Himmel gelobt, dafür die FIFA-Geschichte den ZugerInnen vorenthalten – hat alles nichts genützt.

Spekulieren darf man, von wem die Neue ZZ andern-tags wusste, dass es Tännler nur ganz knapp gegen Zuppiger verpasst habe. Dank Zuppigate erfuhren es später LeserInnen anderer Tageszeitungen, dass es **34 zu 24** war. Knapp?



Der vielleicht beste welsche Karikaturist Raymond Burki: vor Zuppigate...

In der Linken wird dafür spekuliert, was wohl gewesen wäre, wenn der Zuger SP-Stapi mit **gleichem Elan** den einzigen linken Zuger Nationalrat gepusht hätte. Vielleicht wäre der Absturz der SP ein bisschen moderater ausgefallen, vielleicht wäre Jo noch...

Auf jeden Fall war dann nach **Zuppigate** der Ofen definitiv aus für Tännler. Denn Blick weiss aus der SVP-Fraktion am Tag danach: «Regierungsrat

Heinz Tännler (ZG) stösst auf wenig Begeisterung;» Und so zauberte Blocher den Bauernpräsidenten als Kandidaten aus dem Hut.

Blocher war es auch, der Tännler als Bundesratskandidaten ins Spiel gebracht hatte, und schwer vorstellbar, dass sich **Tännler** zu diesem heiklen Schritt durchgerungen hat ohne deutliche Signale aus Herrliberg.

Aber was ein SVP-Fraktionsmitglied dem Blick anvertraute, schnallt der Zuger Baudirektor wohl erst jetzt: «Blocher ist ein **Manipulator**. Er benutzt und verschiebt die Leute wie Spielfiguren.»

Bekannt ist nun auch, wo der Zuger Nicht-Bundesrat vom SVP-Parteipräsident Brunner eingeordnet wird. In einem Interview im «Sonntag» vom 6.12.2011 meint Brunner, die SVP habe dem Parlament «zwei Kandidaten präsentiert, welche von anderen Parteien immer wieder als mögliche Bundesräte ins Spiel gebracht wurden. Wir bieten nicht **Zombi und Teufel!**». Teufel auch, Heinz, Du bist doch kein Zombi?

Kein Zombie, aber ein Teufelskerl ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund-Präsident **Paul Rechsteiner** – in einem Husarenritt, mit einer inhaltlich klaren und engagierten Kampagne und einer nicht nur pro forma nach aussen geeinten Linken schaffte er

es gegen den SVP-Parteipräsidenten in den Ständerat. Die SP in St. Gallen zeigt, wie's geht.

Dasselbe in Bern – **Hans ins Stöckli**, auch dank der aktiven Mithilfe der Berner Grünen, die sich vor dem zweiten Wahlgang zurückzogen und aktiv Kampagne für Stöckli, den ehemaligen Stadtpräsidenten von Biel, machten. Amstutz am Berg, abgewählt.

Ganz anders in **Zug**. Wenn schon keine gemeinsame Ständeratsliste, dann doch wenigstens den jeweils anderen Kandidaten auf die Liste nehmen? Die SP wollte partout nicht. Resultat bekannt.

Wobei – in **St. Gallen** hat auch die CVP mitgeholfen. Nachdem Eugen David nach dem ersten Wahlgang beleidigt das Handtuch geworfen hatte, hoben die Schwarzen nicht ihre Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz auf den Schild – zu links, zu frau, zu stark – sondern, ähem, ach! – jetzt ist der Name weg... Resultat bekannt.

Erstaunlich, wie die unerwartete Wahlniederlage der SVP im National- und v.a. im Ständerat die Beisshemmungen der Medien gegenüber Blocher und Co. reduziert hat. Plötzlich erfahren wir z.B., wem die **Basler Zeitung** tatsächlich gehört, wie Blochers Freund Ospel den Strohmann für Blochers Versteckis spielte

und der Tagi darf nun sogar offen schreiben, dass Blocher gelogen hat und in nichts einem russischen Oligarchen nachsteht. Nur eine Zeitung übt sich in Zurückhaltung.

Nicht mal die FIFA-Geschichte mit der Selbstuntersuchung durch Mark Pieth findet den Weg in die Spalten der **Neuen Zuger Zeitung**. Könnte ja Tännler schaden.



...und nach Zuppigate. (Bilder: www.24heures.ch)

Aber in Zug ist sowieso alles anders: da liegen **CVP und FDP** seelig zusammen im politischen Lotterbett und basteln am nächsten Versuch, via Änderung des Wahlsystems ihre Vormachtstellung zu zementieren. Ob's die SVP dieses Mal merkt, dass es mit dem Majorz auch gegen sie geht?

Der in alle Haushalte verschickte Initiativbogen hat als Absender «Bürgerliches Komitee für den Majorz» und als Adresse wird c/o FDP.Die Liberalen Zug, Arbachstrasse 2, Baar angegeben. An der gleichen Adresse firmiert auch die **«beelk Holding»**. Beelk ist ein Anagramm.

Der FDP Präsident **Andreas Kleeb** hat also nicht nur



seinen eigenen politischen Untergang finanziert (das einzig positive Resultat der Nationalratswahlen), sondern macht weiter: wir nehmen das als gutes Omen für die Majorzabstimmung.

Der Initiative-Flyer ist übrigens eine Meisterleistung in Sachen **Heuchelei** – wortwörtlich steht da: «Mit dem Majorz erhalten auch fähige Parteilose und Mitglieder kleiner Parteien eine faire Chance.»

Der FDP-Nationalrat Pezzatti «will mit seiner Politik auch linke Wähler abholen», wie das bürgerliche Zuger Hausblatt kurz nach den Wahlen schrieb. Da muss er noch ein bisschen üben – in der ersten Session stimmte Pezzatti zusammen mit SVP-Aeschi gegen den (sanften) **Atomausstieg**. Oder umgekehrt: die Linke publiziert regelmässig Pezzattis Abstimmungsverhalten, dann sieht die Welt in vier Jahren vielleicht wieder anders aus.

Kurz vor den BR-Wahlen, am Dienstag, musste der Zuger Landschreiber wegen nachlassendem Interesse ein halboffizielles Berner Reisli von **Zuger Politprominenz** absagen. Ziel des Ausfluges wäre gewesen, Tännler für den Fall einer Wahl vor Ort zu feiern. Wahrscheinlich liest Tobias Moser halt nur die Neue ZZ.

FRITZ HAUSER – KLANGWERKER

Montag, 9. Januar 2012, 20 Uhr
In Kooperation mit dem Kunsthaus Zug zeigt FLIZ zwei Filme über Fritz Hauser, der zusammen mit seinen künstlerischen Weggefährten, dem Architekten Boa Baumann und der Lichtgestalterin Brigitte Dubach, die aktuelle Ausstellung «Klanghaus Zug» gestaltet. FRITZ HAUSER – KLANGWERKER porträtiert den Basler Musiker, Komponisten und Crossmediakünstler; der 14-minütige Kurzfilm **SCHRAFFUR FÜR GONG UND ORCHESTER** ist eine Aufzeichnung der Uraufführung des Werks im KKL Luzern. Zwischen den Filmen Diskussion mit Regisseur Erich Busslinger.



UNTER KONTROLLE
Montag, 13. Februar 2012, 20 Uhr
Seit Fukushima ist der Traum von einer sorgenfreien, sauberen Atomkraft ausgeträumt, der Glaube an den technischen Fortschritt

nachhaltig erschüttert. Doch was passiert wirklich hinter den Mauern von Kernkraftwerken? **UNTER KONTROLLE** macht das Unsichtbare sichtbar und zeigt den Menschen als irritierendes Fremdteilchen in der von ihm selbst geschaffenen Welt. Regisseur Volker Sattel macht die monströse Technik in deutschen AKWs sichtbar – ein Seiltanz zwischen Science-Fiction und alltäglichem Wahnsinn. Nach der Vorstellung Diskussion mit Experten.



MIT DEM BAUCH DURCH DIE WAND
Montag, 12. März 2012, 20 Uhr
Sandra, Jasmine und Jennifer sind noch keine 18 und doch schon Mütter. Regisseurin Anka Schmid hat sie über längere Zeit mit der Kamera begleitet. Herausgekommen ist eine erfrischende Studie über blutjunge Mütter, ihre Kinder und deren Väter. Ein Film über erste grosse

Lieben, Berufspläne und Zukunftsträume, vor allem aber über die Courage und unerschütterliche Zuversicht, die es braucht, wenn man in einem Alter, in dem andere unbeschwert das Jungsein geniessen, bereits Verantwortung für ein Kind übernimmt. Nach der Vorstellung Diskussion mit Regisseurin Anka Schmid.



Martin Bucher
FLIZ
FilmliebhaberInnen Zug



26

Büchermail

GELD UND GEIST

«Bürger, Anleger und Ökonomen haben sich lange Zeit viel zu wenig mit dem Geld-, Währungs- und Bankwesen befasst, wahrscheinlich eine der mannigfaltigen Ursachen der Finanzkrise.» Dieses Zitat stammt von Peter Kuster, veröffentlicht in der Zeitschrift Finanz und Wirtschaft.



Wenn das keine Einladung ist?! Hat man uns nicht seit Kindesbeinen eingebläut, dass man über Geld nicht spricht?

Obwohl wir täglich mit ihm zu tun haben, wissen die wenigsten, was es mit dem Geld auf sich hat. Woher es kommt. Welche Wirkungen es entfaltet. Wieso kann der menschliche Geist es nicht zähmen? Wieso scheint die Vereinigung von Geld und Geist nicht gelingen zu wollen? Die Wissenschaftler Sandra Maß, Hans Christoph Binswanger, Heinzpeter Znoj und Peter Hablützel beleuchten das Tabu aus historischer, ökonomischer, ethnologischer und politischer Sicht. In Kenntnis der vier Impulstexte sind 25 Schweizer Autorinnen und Autoren aufgefordert

worden, sich Gedanken über das Geld zu machen und die Leserschaft mit unterschiedlichsten Einblicken, Gedanken, Ansichten, Analysen, Fantastereien, Humoresken, Ideen, Visionen, Diskussionen und Wünschen zu konfrontieren. Neben SchriftstellerInnen kommen im Buch Menschen – auch solche des öffentlichen Lebens – zu Wort, die sich im Blog auf <http://themageld.blogspot.com> gemeldet haben.

Auszug aus Prof. Binswangers Impulstext: *Wieso hat Papiergeld Geltung, obwohl es seinen ursprünglichen Wert durch die Rückbindung an Gold vollständig verloren hat? Weil es einen Doppelwert hat, einen profanen und einen sakralen, aber – das ist entscheidend – mit einem ganz anderen Gehalt, einer ganz anderen Dynamik. Während das gemünzte Geld einen Stoffwert hatte und daher seine Vermehrung durch die beschränkte Verfügbarkeit des Edelmetalls begrenzt blieb, ist es beim Papier- und Buchgeld gerade umgekehrt: Sein Wert entsteht erst durch die Vermehrung des Geldes, wenn – dies ist allerdings hinzuzufügen – die Vermehrung in geordneten Bahnen verläuft.*

Über Geld schreibt man doch! Eine Anthologie, Hg. Thomas Brändle, Dominik Riedo, CHF 36.–

Mit freundlichen Grüßen
Susanne Giger



Mittwoch, 4. Januar:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Baar

Samstag, 21. Januar:
Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz
Luzern

Mittwoch, 1. Februar:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Junge Alternative

Freitag, 3. Februar:
Gemütlicher Wintertreff
Alternative die Grünen
Stadt Zug
Glühwein und Gemüse-
suppe im Freien; bei
jeder Witterung. Alle
Mitglieder und Sympa-
thisierenden sind herz-
lich eingeladen!

Mittwoch, 7. März:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Forum Oberägeri

Sonntag, 11. März:
Abstimmungssonntag

Mittwoch, 4. April:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Stadt Zug

Samstag, 21. April:
Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz
Genf

Mittwoch, 2. Mai:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Menzingen
ab 20 h Jahresversamm-
lung Alternative – die
Grünen Zug

Mittwoch, 6. Juni:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Krifo Alternative
Cham

Sonntag, 17. Juni:
Abstimmungssonntag

Samstag, 25. August:
Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz

Mittwoch, 5. September:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Gleis 3 Risch

Sonntag, 23. September:
Abstimmungssonntag

Mittwoch, 3. Oktober:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Zug

Mittwoch, 7. November:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Unterägeri



Samstag, 24. November:
Delegiertenversammlung
Grüne Schweiz

Sonntag, 25. November:
Abstimmungssonntag

Mittwoch, 5. Dezember:
Alternative Monatsbar
ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und
Köchen Alternative – die
Grünen Steinhausen

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alter-
native – die Grünen Zug:
**Montag 14–18 Uhr und
Donnerstag 10–14 Uhr**

**Alternative – die Grünen
Baar**
Anna Lustenberger-Seitz
Postfach, 6340 Baar
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
Barbara Beck-Iselin
Postfach 112, 6313 Menzingen
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
Postfach 4805, 6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch
Hanni Schriber
hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen
Postfach 123, 6312 Stein-
hausen
studerus@datazug.ch

Junge Alternative Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
Sha Ackermann und Roman
Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne Fraktion
im Kantonsrat:**
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch



Namentlich gezeichnete
Artikel unterliegen der
alleinigen Verantwortung
der AutorInnen.

BULLETIN Nr. 4, Dezember
2011, erscheint viermal
jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
bulletin@alternative-zug.ch

Catering:
Arlene Wyttenbach

Redaktion:
Natalie Chiodi, Hansjörg
Glauser, Jonas Feldmann,
Philippe Koch, Lorenzo
Martinoni, Martin Stuber

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
900 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:
1017 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2012:
9. März 2012

Erscheinungsdatum:
30. März 2012

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

